

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Frühjahr 2026: Steigende Energiekosten belasten die wirtschaftliche Erholung

- unkorrigierte Fassung -

Impressum

Herausgeber:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany

Postanschrift

Postfach 10 30 54 | 45030 Essen, Germany

Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de

www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Dr. Stefan Rumpf (Administrativer Vorstand)

Prof. Dr. Kerstin Schneider (Mitglied des erweiterten Vorstands)

© RWI 2025

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturbericht

Schriftleitung: Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt

Gestaltung: Magdalena Franke, Silvia Mühlbauer

Frühjahr 2026: Steigende Energiekosten belasten die wirtschaftliche Erholung

ISSN 1861-6305 (online)



Das RWI wird vom Bund und vom Land
Nordrhein-Westfalen gefördert.



Frühjahr 2026: Steigende Energiekosten belasten die wirtschaftliche Erholung¹

Torsten Schmidt, Niklas Benner, Boris Blagov, Maximilian Dirks, Niklas Isaak, Daniela Grozea-Helmenstein, Robin Jessen, Stefan Kotz, Clara Krause, Philip Schacht-Picozzi und Klaus Weyerstraß

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
Summary	5
1. Weltwirtschaft im Bann von Zollpolitik und geopolitischen Krisen	7
2. Belebung der deutschen Wirtschaftsaktivität erhält einen Dämpfer	12
3. Iran-Krieg dämpft die wirtschaftliche Erholung nur leicht	16
3.1 Leichte Erholung bei den Ausfuhren	19
3.2 Staatliche Impulse stützen die Ausrüstungsinvestitionen	21
3.3 Bauinvestitionen schaffen die Trendwende.....	22
3.4 Privater Konsum leidet unter steigenden Energiepreisen	22
3.5 Staatskonsum legt kräftig zu	23
4. Bruttowertschöpfung tritt weiter auf der Stelle.....	23
5. Wenig Bewegung am Arbeitsmarkt.....	25
6. Zurückhaltung bei Lohnsteigerungen	28
7. Inflationsschub durch den Iran-Krieg	28
8. Kräftig steigende Staatsdefizite	29
9. Risiken.....	31
10. Literatur.....	32
Anhang	33
 Kasten 1 Zur Entwicklung der Verbraucherpreise nach dem Beginn des Iran-Krieges	14
Kasten 2 Entwicklung der Stellenangebote mit Home-Office und Teilzeitarbeit.....	26

¹ Abgeschlossen am 10.3.2026. Daniela Grozea-Helmenstein ist Mitarbeiterin, Klaus Weyerstraß ist Mitarbeiter des Instituts für höhere Studien (IHS) in Wien. Die Verfasser danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung.

Kurzfassung: Die deutsche Wirtschaft hat sich in den vergangenen Monaten aus der Stagnation gelöst. Die Produktion wurde im vierten Quartal mit 0,3% überraschend deutlich ausgeweitet und auch für die ersten Monate dieses Jahres deutet einiges auf eine Fortsetzung der Erholung hin. Ein Dämpfer ist allerdings von dem Anstieg der Energiepreise in Folge des Iran-Krieges zu erwarten. Aber auch ohne diese erneute Belastung gibt es mehrere Argumente dafür, dass die wirtschaftliche Erholung schwach geblieben wäre. Dafür spricht zunächst, dass im vierten Quartal vor allem die öffentliche Nachfrage kräftig ausgeweitet wurde. So stiegen die staatlichen Ausstattungsinvestitionen um gut 38% gegenüber dem Vorquartal. Hierin dürften sich die höheren Ausgabenspielräume der öffentlichen Haushalte widerspiegeln. Überraschend deutlich wurde auch der private Konsum zum Jahresende ausgeweitet, obwohl die Erwerbstätigkeit zurückgegangen ist und auch die Stimmung der Konsumenten eher schlecht war.

Die Lage der Unternehmen hat sich noch nicht durchgreifend gebessert. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass die internationale Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen weiterhin rückläufig war. Damit einher geht eine schwache Nachfrage nach Investitionsgütern. Auch die in vielen Bereichen immer noch niedrige Kapazitätsauslastung dürfte die Investitionstätigkeit dämpfen. Lediglich die sonstigen Investitionen wurden bis zuletzt deutlich ausgeweitet. Dahinter dürfte sich der zunehmende Einsatz von KI in den Unternehmen verbergen. Insgesamt ist die wirtschaftliche Dynamik in der Privatwirtschaft immer noch gering.

Der Krieg im Iran wird die wirtschaftliche Erholung in Deutschland dämpfen. Unmittelbar nach Kriegsbeginn sind die Kraftstoffpreise in Deutschland kräftig gestiegen. Die höheren Energiepreise werden aber mit Verzögerung auf andere Güter erfassen. So dürften auch die Preise von Nahrungsmitteln in den kommenden Monaten steigen. Die Verteuerung von Erdgas belastet erneut die energieintensiven Industrien. Insgesamt erwarten wir, dass sich der Druck auf die Verbraucherpreise in den kommenden Monaten verstärkt und die Inflationsrate im Sommer ihren höchsten Wert erreicht. Die stärksten realwirtschaftlichen Effekte sind unter den getroffenen Annahmen ebenfalls im Sommerhalbjahr zu erwarten.

Die sich bisher abzeichnenden Effekte des Iran-Krieges dürften nicht stark genug sein, um die Erholung der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr zu gefährden. Vielmehr gehen wir davon aus, dass sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte verstärkt. Dabei dürfte die öffentliche Nachfrage weiter zunehmen, da verstärkt Mittel aus dem Sondervermögen Investitionen und Klimaschutz nachfragewirksam werden und auch die Verteidigungsausgaben weiter deutlich steigen. So gehen wir davon aus, dass die Impulse aus dem Sondervermögen Investitionen und Klimaschutz in diesem und im kommenden Jahr je 10 Mrd. Euro betragen und in beiden Jahren die Verteidigungsausgaben um jeweils 7 Mrd. Euro steigen werden. Zusammengekommen entspricht dies in jedem Jahr gut 0,35% des nominalen BIP.

Darüber hinaus dürfte sich auch die private Nachfrage ab der zweiten Jahreshälfte etwas verstärken. Die höheren Bestellungen aus dem Ausland lassen erwarten, dass sich die Exporte im Verlauf dieses Jahres festigen und auch die privaten Investitionen werden wohl im Laufe dieses Jahres wieder etwas Tritt fassen. Insgesamt erwarten wir eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt, so dass auch der private Konsum etwas an Dynamik gewinnen dürfte. Angesichts des spürbaren Kaufkraftentzugs durch die gestiegenen Energiepreise dürfte diese Erholung allerdings etwas gedämpft werden.

Insgesamt rechnen wir mit einer Ausweitung des BIP im Jahresdurchschnitt dieses Jahres von 0,9%. Im kommenden Jahr, wenn die dämpfenden Effekte des Energiepreisanstiegs auslaufen, dürfte das BIP um 1,2% ausgeweitet werden. Der Zuwachs liegt damit deutlich über dem Wachstum des Produktionspotenzials, das in diesem und in den kommenden Jahren bei etwa 0,2%

liegen dürfte. Dabei dürfte sich die Produktionslücke schließen. Im kommenden Jahr ist mit einer leichten Überauslastung zu rechnen.

Am Arbeitsmarkt bleibt die schwache Konjunktur weiter sichtbar. Im vergangenen Jahr stagnierte die Beschäftigung nahezu, während die Arbeitslosigkeit erneut spürbar stieg. Inzwischen dürfte die Einstellungsbereitschaft einen leichten Dämpfer durch den Iran-Krieg erhalten haben. Für die erste Hälfte des laufenden Jahres ist eine Stagnation am Arbeitsmarkt zu erwarten. Erst im zweiten Halbjahr dürfte es zu einer spürbaren Erholung kommen, wenn sich die Konjunkturaussichten aufhellen und die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen, insbesondere im vom Stellenabbau stark betroffenen Verarbeitenden Gewerbe, verbessert. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2026 gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 6,3% liegen und dann im Jahr 2027 auf 6,0% sinken.

Im Februar 2026 hat die Inflationsrate laut Schätzung von Destatis 1,9% betragen und bewegt sich in den letzten Monaten um die 2-%-Marke. Angesichts der stark gestiegenen Energiepreise infolge des Iran-Krieges ist mit einem deutlichen Anziehen der Inflation in den kommenden Monaten zu rechnen. Auf Basis einer durch Terminpreise vom 03.03.2026 informierten Schätzung erwarten wir für 2026 eine Inflationsrate von 2,6%. Auch im Jahr 2027 werden die zwischenzeitlich erhöhten Energiepreise sowie höhere Lebensmittelpreise ihre Folgen haben. Die Gesamtinflation wird 2027 voraussichtlich 2,4% betragen.

Das staatliche Finanzierungsdefizit dürfte im Jahr 2026 mit gut 186 Mrd. Euro das des Vorjahres (119 Mrd. Euro) weit übertreffen und im Jahr 2027 wohl gut 213 Mrd. Euro betragen. Die Staatseinnahmen werden 2026 wohl mit geringerer Rate als das nominale BIP expandieren. Im Jahr 2027 dürfte die Zuwachsrate der Staatseinnahmen etwas höher liegen, insbesondere dürften die Sozialbeitragseinnahmen aufgrund der wieder stärker steigenden Bruttolohnsumme deutlich zulegen. Gleichzeitig legen die Staatsausgaben in beiden Prognosejahren kräftig zu. So steigen etwa die Subventionen und auch die Bruttoinvestitionen werden wohl stark expandieren, insbesondere wegen zusätzlicher Investitionen im Bereich Verteidigung.

Tabelle

Eckwerte der Prognose

2024 bis 2027

	2024	2025	2026 ^p	2027 ^p
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränd. in %	-0,5	0,2	0,9	1,2
Erwerbstätige ² , in 1000	45 987	45 982	45 954	46 107
Arbeitslose ³ , in 1000	2 787	2 948	2 953	2 803
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	6,0	6,3	6,3	6,0
Verbraucherpreise, Veränderung in %	2,3	2,2	2,6	2,4
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	5,6	4,5	1,8	2,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁶				
in Mrd. €	-115,3	-119,1	-184,1	-213,2
in % des BIP	-2,7	-2,7	-4,0	-4,4
Leistungsbilanzsaldo ⁷				
in Mrd. €	251,5	197,4	172,1	181,5
in % des BIP	5,8	4,4	3,7	3,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis), der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^pEigene Prognose.

Summary: *The German economy has emerged from stagnation in recent months. Production expanded by a surprisingly significant 0.3% in the fourth quarter, and there are also signs that the recovery will continue in the first few months of this year. However, a dampening effect is to be expected from the rise in energy prices as a result of the Iran war. But even without this renewed burden, there are several arguments to suggest that the economic recovery would have remained weak. The first argument in favor of this is that public demand in particular expanded strongly in the fourth quarter. Government investment in equipment rose by a good 38% compared with the previous quarter. This is likely to reflect the greater scope for spending available to public authorities. Private consumption also expanded surprisingly strongly at the end of the year, even though employment declined and consumer sentiment was rather poor.*

The situation for companies has not yet improved significantly. One important reason for this is that international demand for goods and services continued to decline. This is accompanied by weak demand for capital goods. Capacity utilization, which remains low in many areas, is also likely to dampen investment activity. Only other investments have expanded significantly up to now. This is likely to be due to the increasing use of AI in companies.

The war in Iran will dampen economic recovery in Germany. Immediately after the start of the war, fuel prices in Germany rose sharply. However, the higher energy prices will have a delayed effect on other goods. Food prices are also likely to rise in the coming months. The increase in the price of natural gas is once again weighing on energy-intensive industries. Overall, we expect pressure on consumer prices to intensify in the coming months, with the inflation rate peaking in the summer. Based on our assumptions, the strongest effects on the real economy are also expected in the summer months.

The effects of the war in Iran that have emerged so far are unlikely to be strong enough to halt the recovery of the German economy this year. Rather, we expect aggregate demand to strengthen in the second half of the year. Public demand is likely to continue to increase as more funds from the special investment and climate protection fund are used to stimulate demand and defense spending continues to rise significantly. We therefore expect the stimulus from the special fund for investment and climate protection to amount to €10 billion this year and next, with defense spending rising by €7 billion in both years. Taken together, this corresponds to a good 0.35% of nominal GDP in each year.

In addition, private demand is also likely to pick up somewhat from the second half of the year onwards. Higher orders from abroad suggest that exports will strengthen in the course of this year, and private investment is also likely to regain some momentum in the course of this year. Overall, we expect a turnaround in the labor market, which should also give private consumption a slight boost. However, this recovery is likely to be somewhat dampened by the noticeable decline in purchasing power caused by higher energy prices.

Overall, we expect GDP to grow by an average of 0.9% this year. Next year, when the dampening effects of the rise in energy prices come to an end, GDP is likely to grow by 1.2%. This growth is well above the growth in production potential, which is likely to be around 0.2% this year and in the coming years. The output gap is likely to close. Slight overcapacity is expected next year.

The weak economy continues to be reflected in the labor market. Last year, employment virtually stagnated, while unemployment rose noticeably once again. In the meantime, the willingness to hire new staff is likely to have been dampened slightly by the war in Iran. Stagnation in the labor market is expected for the first half of the current year. A noticeable recovery is not expected until the second half of the year, when the economic outlook brightens and companies' willingness to hire improves, particularly in the manufacturing sector, which has been hit hard

by job cuts. The unemployment rate is expected to remain unchanged at 6.3% in 2026 compared to the previous year and then fall to 6.0% in 2027.

According to Destatis estimates, the inflation rate was 1.9% in February 2026 and has been hovering around the 2% mark in recent months. In view of the sharp rise in energy prices as a result of the war in Iran, inflation is expected to rise significantly in the coming months. Based on an estimate informed by forward prices from 3 March 2026, we expect an inflation rate of 2.6% for 2026. The interim increase in energy prices and higher food prices will also have an impact in 2027. Overall inflation is expected to be 2.4% in 2027.

The government financing deficit is expected to exceed that of the previous year (€119 billion) by a considerable margin in 2026, reaching €186 billion, and is likely to amount to €213 billion in 2027. Government revenue is expected to grow at a slower rate than nominal GDP in 2026. In 2027, the growth rate of government revenue is likely to be slightly higher, with social security contributions in particular expected to increase significantly due to the stronger rise in gross wages. At the same time, government spending will increase sharply in both forecast years. Subsidies are likely to rise, for example, and gross investment is also expected to expand strongly, particularly due to additional investment in defense.

Key forecast Data 2024 to 2027

	2024	2025	2026 ^f	2027 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in percent	-0.5	0.2	0.9	1.2
Employed persons ² , in 1000	45 987	45 982	45 954	46 107
Unemployed ³ , in 1000	2 787	2 948	2 953	2 803
Unemployment rate ^{3,4} , in percent	6.0	6.3	6.3	6.0
Consumer prices, change in percent	2.3	2.2	2.6	2.4
Labor unit costs ⁵ , change in percent	5.6	4.5	1.8	2.2
Fiscal balance ⁶				
in EUR bn	-115.3	-119.1	-184.1	-213.2
in percent of GDP	-2.7	-2.7	-4.0	-4.4
Current account balance ⁷				
in EUR bn	251.5	197.4	172.1	181.5
in percent of GDP	5.8	4.4	3.7	3.8

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office (Destatis), Deutsche Bundesbank, and the Federal Employment Agency. – ¹In real terms. – ²Domestic. – ³National concept. – ⁴In % of civilian labor force. – ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. – ⁶National Accounts concept. – ⁷Balance of payments concept. – ^fForecast.

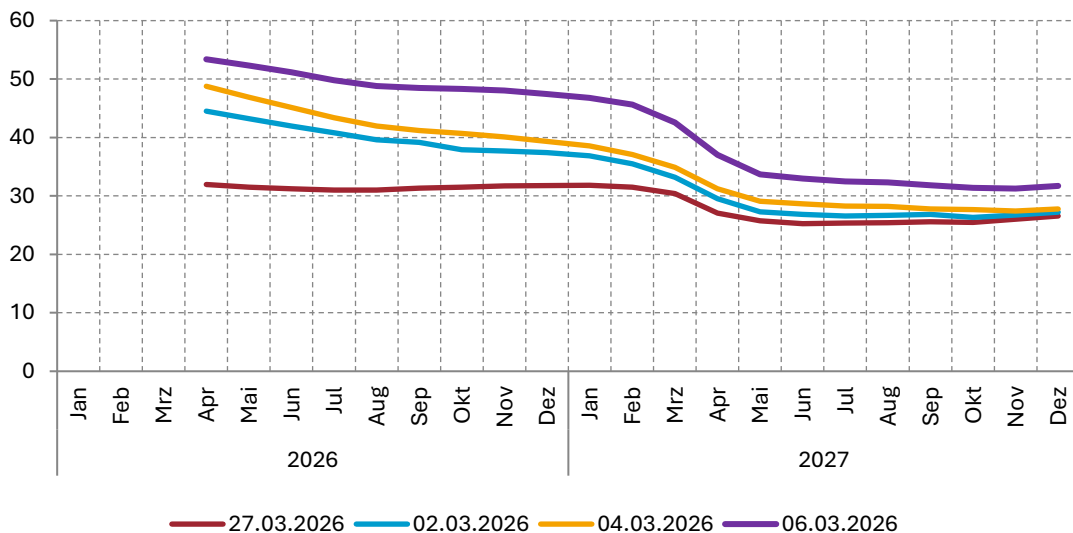
1. Weltwirtschaft im Bann von Zollpolitik und geopolitischen Krisen

Im Frühjahr 2026 wird die Weltwirtschaft durch die Eskalation im Nahen Osten und neue Entwicklungen im Zusammenhang mit der US-Zollpolitik beeinflusst. Am 28. Februar haben die USA und Israel mit Luftschlägen gegen den Iran begonnen. Der Iran attackierte seinerseits Ziele in Israel und mehreren Staaten am Persischen Golf. Zudem hat der Iran den Schiffsverkehr durch die Straße von Hormus vorerst blockiert. Nach Daten der Internationalen Energieagentur waren die Staaten im Nahen Osten im Jahr 2024 für rund 30% der globalen Ölförderung verantwortlich. Etwa 20% des weltweiten Ölverbrauchs und ebenfalls rund 20% des Flüssiggases werden durch die Straße von Hormus transportiert. Von den Golf-Anrainerstaaten verfügen nur Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate über Pipelines und damit über Alternativen zum Export über die Häfen am Persischen Golf. Als Reaktion auf den Iran-Krieg stiegen die Öl- und Gaspreise sprunghaft. Bereits innerhalb der ersten Woche des Konflikts sind die Ölpreise rasch gestiegen und lagen am 9. März bei 108 US-Dollar. Dies war etwa 70% mehr als zu Jahresbeginn. Auch der Erdgaspreis zog kräftig an. Die Terminmarktnotierungen haben sich auch nahezu verdoppelt (Schaubild 1). Zu Beginn des laufenden Jahres hatte der europäische Erdgaspreis bei etwa 28 Euro je MWh gelegen. Bereits im Herbst und Winter zogen die Preise für viele Industrierohstoffe deutlich an, vor allem die Notierungen von Kupfer, Aluminium, Nickel und Zink. Hier spielten Angebotsausfälle und eine steigende Nachfrage wegen der geopolitischen Spannungen eine Rolle.

Schaubild 1

Terminmarktpreise für Erdgas

März 2026 bis Dezember 2027. In Euro pro Kilowattstunde



Quelle: Macrobond.

Neben dem Iran-Krieg wird die Weltwirtschaft weiterhin durch die US-Zollpolitik geprägt. Der oberste Gerichtshof der USA hat am 20. Februar 2026 die von Präsident Donald Trump auf Grundlage des „International Emergency Economic Powers Act (IEEPA)“ verhängten Zölle für rechtswidrig erklärt. Das Gericht stellte fest, dass die im Gesetz vorgesehene Befugnis des Präsidenten, die „Importe zu regulieren“, keine eigenständige Kompetenz zur Einführung von Zöllen umfasst. Die Entscheidung betrifft die sogenannten „reziproken“ Zölle gegenüber fast allen US-Handelspartnern, die sich seit dem 2. April 2025 auf den IEEPA stützen, ebenso wie Zölle auf spezifische Bedrohungen wie „unzureichende Grenzsicherung“ und „Fentanyl-Schmuggel“.

gegenüber Mexiko und Kanada sowie gegenüber China. Die US-Regierung hat angekündigt, die bisherigen Zollstrukturen rasch auf Basis anderer gesetzlicher Ermächtigungen neu zu etablieren. Seit dem 24. Februar gilt, mit wenigen Ausnahmen, für US-Importe ein globaler Zollsatz von 10%. Eine Anhebung auf 15% wurde angekündigt, ist bisher aber nicht rechtswirksam. Die gesetzliche Grundlage, auf die sich der neue Importzoll bezieht, erlaubt, diesen für 150 Tage in Kraft zu lassen, also bis zum 24. Juli 2026. Für einen längeren Zeitraum wäre die Zustimmung des Kongresses der USA erforderlich. Damit bleibt die handelspolitische Unsicherheit hoch, da offen ist, ob die noch ausstehenden Handelsabkommen der USA, etwa jenes mit der EU, in Kraft treten oder wieder neu verhandelt werden. Vor allem aber ist unklar, welche US-Importzollsätze nach dem 24. Juli gelten werden, zumal eine Zustimmung des US-Kongresses fraglich ist. Das amerikanische Institut Tax Foundation schätzt, dass sich der gewichtete durchschnittliche Zollsatz für US-Importe vor der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs auf 13,8% belief. Solange die nach der Gerichtsentscheidung eingeführten 10-prozentigen Zölle in Kraft sind, beläuft sich dieser Schätzung zufolge der effektive US-Importzollsatz auf 10,2% (bei den angekündigten, aber bisher nicht umgesetzten 15% wären es effektiv 12,1%), und nach Ablauf der 150-tägigen Frist beträgt der effektive US-Importzollsatz 6,7%.

Die Weltwirtschaft hat sich im vierten Quartal, wie im gesamten Jahr 2025, gegenüber den handels- und geopolitischen Belastungen robust gezeigt. Zum Jahresende stieg das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA um 0,4%. Positive Beiträge kamen insbesondere vom privaten Konsum und den Ausrüstungsinvestitionen. Anschaffungen im Zusammenhang mit dem anhaltenden Boom im Bereich der Künstlichen Intelligenz blieben dabei ein wichtiger Treiber. Das Beschäftigungswachstum verlor im Jahr 2025 spürbar an Schwung. Dazu dürften einer Schätzung der Deutschen Bundesbank (2026) zufolge sowohl eine schwächere Arbeitsnachfrage als auch Begrenzungen des Arbeitsangebots infolge der verschärften Migrationspolitik beigetragen haben. Die Wirtschaftsleistung erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 2,2%, was das niedrigste Wachstum seit dem coronabedingten Rückgang im Jahr 2020 darstellt. In China stieg das BIP im vierten Quartal um 1,2% gegenüber dem Vorquartal, womit das Wachstumstempo das gesamte Jahr hindurch nahezu unverändert blieb. Dabei setzte sich das exportgetragene Wachstum fort, während die Binnennachfrage infolge der strukturellen Anpassungen im Immobiliensektor schwach blieb. Die Exporte stiegen trotz der hohen US-Zölle stark, während die Importe angesichts der verhaltenen inländischen Nachfrage praktisch stagnierten. Der Rückgang der Exporte in die USA wurde durch Zuwächse in anderen Regionen, insbesondere in Afrika, Teilen Asiens und der EU, mehr als kompensiert. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich die Wirtschaftsleistung um 5,0%. In Indien dürfte die Konjunktur schwungvoll geblieben sein. In Japan und im Vereinigten Königreich war die Konjunktur zum Jahresende mit Zuwächsen des BIP von jeweils 0,1% hingegen kraftlos.

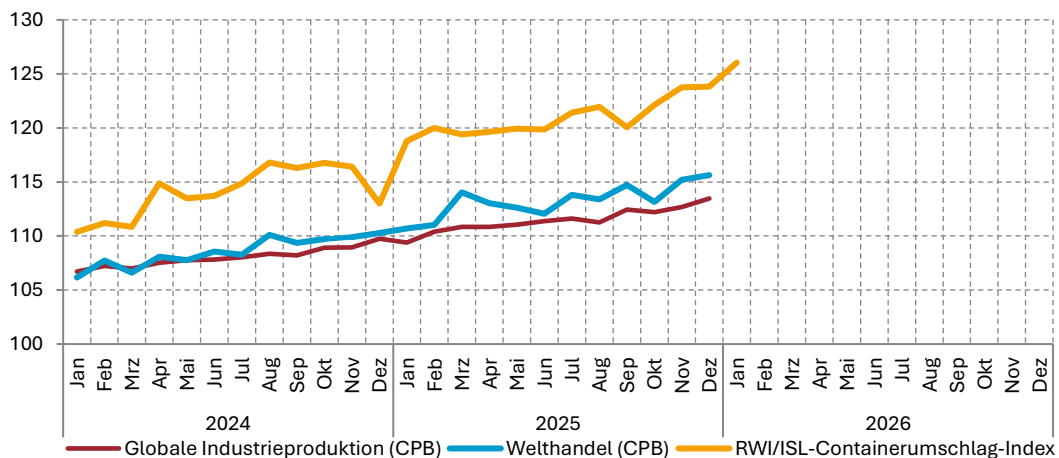
In der Europäischen Union und im Euro-Raum, dem seit 1.1.2026 mit dem Beitritt Bulgariens 21 Länder angehören, stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion im vierten Quartal jeweils um 0,2%. Positive Wachstumsbeiträge kamen vom Konsum und den Investitionen. Der private Verbrauch wurde von steigenden Realeinkommen angeregt, die Investitionen von günstigeren Finanzierungsbedingungen. Hingegen litten die Ausfuhren unter der US-Zollpolitik und der Aufwertung des Euro im vergangenen Jahr. Auf der Entstehungsseite konnten vor allem die Dienstleistungsbereiche die Wertschöpfung steigern. Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe legte die Produktion zu. Im Gesamtjahr 2025 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 1,5%. Die Beschäftigung stieg im vierten Quartal weiter, die Arbeitslosenquote liegt seit mehreren Monaten bei 6,2% bis 6,3%.

Der globale Warenhandel hat im vierten Quartal trotz der US-Zollerhöhungen und der hohen handelspolitischen Unsicherheit weiter zugelegt (Schaubild 2). Auf Basis von Daten des niederländischen CPB stieg er um 0,6% gegenüber dem Vorquartal, nach 1,2% im Sommer. Dabei konnten vor allem China sowie einige andere Länder Asiens und Lateinamerikas ihre Exporte steigern. Dagegen gingen die Einfuhren der USA infolge der hohen Einfuhrzölle zurück. Im Gesamtjahr 2025 nahm der Welthandel um 4,4% zu, nach 2,5% im Jahr 2024. Der RWI/ISL-Containerumschlagindex signalisiert einen leichten Aufwärtstrend des Welthandels zu Beginn des laufenden Jahres (RWI, 2026). Auch die globale Industrieproduktion setzte im vierten Quartal 2025 ihr moderates Wachstum fort. Gemäß CPB-Daten expandierte sie um 0,9%, nach 0,6% im dritten Quartal. Regional war die Expansion breit angelegt, wobei die Industrieproduktion im Allgemeinen in den Schwellenländern stärker zulegte als in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Für den Jahresdurchschnitt 2025 ergibt sich eine Zunahme um 3,2%, nach 1,7% im Jahr 2024.

Schaubild 2

Globale Industrieproduktion, Welthandel und RWI/ISL-Containerumschlagindex

Januar 2024 bis Dez 2025 bzw. Januar 2026, Indizes, Dezember 2019=100, saisonbereinigt



Nach Angaben des CPB bzw. des RWI, Macrobond, eigene Berechnungen.

Die Inflation ist im Herbst und Winter weiter leicht gesunken (Schaubild 3). In der Gruppe der OECD-Länder sank die Teuerung auf 3,7% im Dezember. Von April bis September hatte sie fast unverändert zwischen 4,0% und 4,1% betragen, anschließend war sie bis November auf 3,8% gesunken. Vor allem bei der Energie schwächte sich der Preisanstieg ab, aber auch die Nahrungsmittelpreise stiegen im Dezember nicht mehr so stark wie im Sommer. Dagegen blieb die Kerninflation hoch, weil die Dienstleistungspreise weiter kräftig zulegten. Zu Jahresbeginn schwächte sich die Inflation in den USA von 2,7% im Dezember auf 2,4% im Januar ab. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Importzölle in geringerem Umfang an die Verbraucherpreise weitergegeben wurden. Im Euro-Raum schwächte sich die Inflation von 2,0% im Dezember auf 1,7% im Januar ab. Einer Schnellschätzung zufolge stieg sie im Februar auf 1,9%. Die Energiepreise gingen weiter kräftig zurück und die Preise für Industriegüter stiegen weiterhin nur wenig. Dagegen blieb der Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln mit 2,6% und bei Dienstleistungen mit 3,4% hoch.

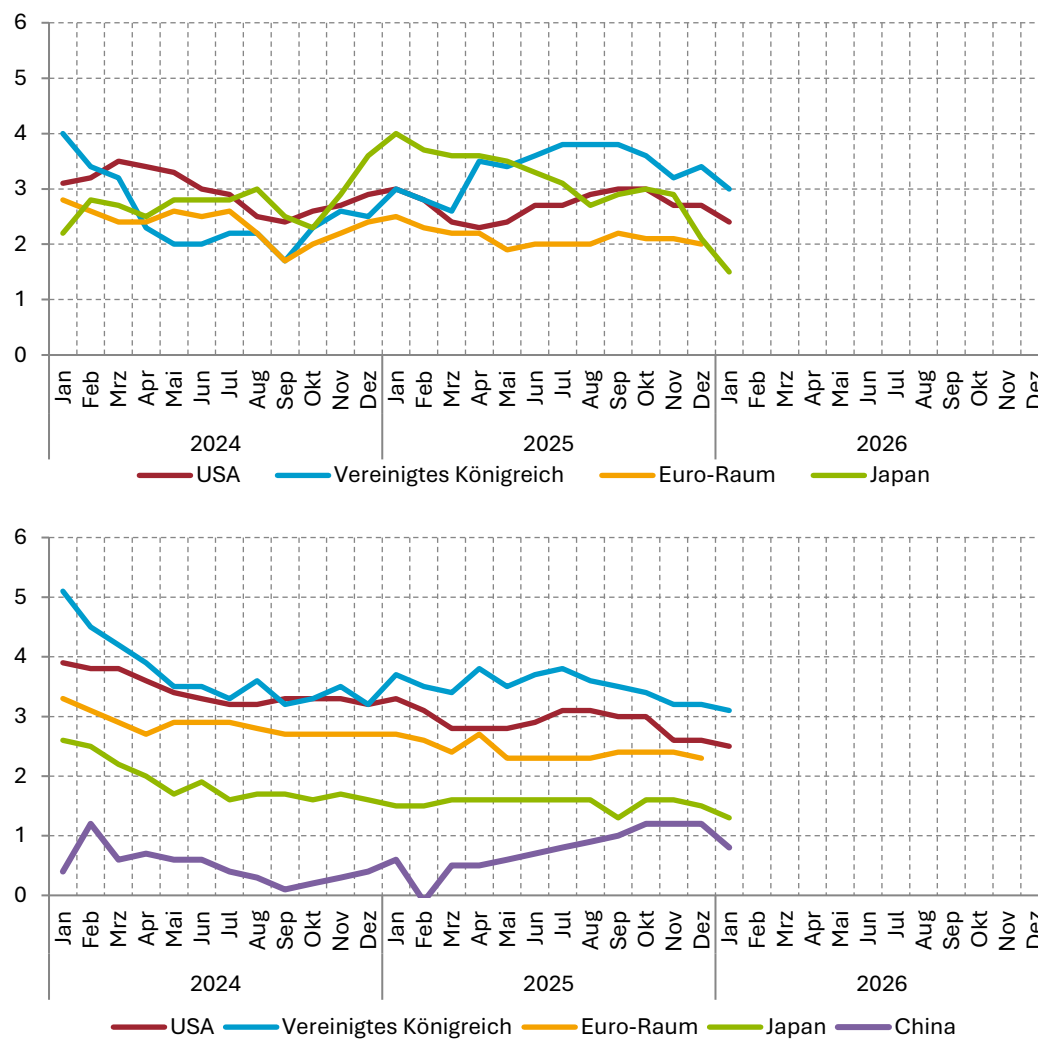
Angesichts einer dem Zielwert entsprechenden Inflation im Euro-Raum hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Leitzinsen seit Juni unverändert gelassen. Die US-Notenbank Fed hat im September, im Oktober und im Dezember die Zielspanne für ihre Leitzinsen um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf aktuell 3,50% bis 3,75% gesenkt. Der Euro hat gegenüber dem US-Dollar im

vergangenen Jahr stark aufgewertet. Auch zu Beginn des Jahres 2026 setzte sich die Aufwertung fort. Am 10. Februar erreichte der Euro seinen vorläufigen Höchststand von 1,19 US-Dollar. Dies entsprach einer Aufwertung von rund 16% in Jahresfrist. Anschließend stabilisierte sich der Wechselkurs bei rund 1,16 Dollar je Euro. Nominal effektiv wertete der Euro gegenüber 42 Handelspartnern im vergangenen Jahr um rund 6%, real effektiv um knapp 5% auf.

Schaubild 3

Entwicklung der Verbraucherpreise in ausgewählten Volkswirtschaften: Inflation (oben) und Kerninflation (unten)

Januar 2024 bis Dezember 2025; bzw. Januar 2026, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Nach Angaben von Eurostat, nationalen Statistikämtern bzw. der BIZ, Macrobond, eigene Berechnungen.

Tabelle 1
Eckwerte zur internationalen Konjunktur

2025 bis 2027; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
	2025^p	2026^p	2027^p	2025^p	2026^p	2027^p
Europa						
EU-27	1,6	1,3	1,5	2,3	2,6	2,1
Euro-Raum-21	1,5	1,1	1,4	2,1	2,5	2,0
Deutschland	0,4	0,7	1,1	2,3	2,8	2,4
Frankreich	0,9	1,1	1,1	0,9	1,8	1,6
Italien	0,7	1,0	1,2	1,6	2,1	1,9
Spanien	2,8	2,4	1,9	2,7	3,2	2,0
MOEL ¹	2,4	2,6	2,8	4,0	3,6	2,8
Vereinigtes Königreich	1,3	1,1	1,6	3,4	3,0	2,3
Russland	1,0	0,8	1,0	8,7	5,2	4,3
Amerika						
USA	2,2	2,3	1,8	2,7	2,6	2,2
Lateinamerika ²	2,1	1,8	2,2	9,5	7,3	5,7
Asien						
China ohne Hong Kong	5,0	4,5	4,3	-0,1	1,2	1,5
Japan	1,1	0,3	0,8	3,2	2,2	1,7
Sonstige Länder ³	3,9	3,9	3,2	1,6	2,1	2,1
Indien	7,1	6,3	6,6	2,2	3,3	4,1
Insgesamt	2,9	2,6	2,5	2,5	2,6	2,3
Fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁴	1,8	1,7	1,6	2,6	2,6	2,1
Schwellenländer	4,4	4,0	3,9	2,2	2,6	2,6
nachrichtlich:						
Welthandel⁵	4,4	2,9	1,9			
Rohölpreis (Brent, \$/b)⁶	68,0	79,1	70,0			
Dollarkurs (\$/€)⁶	1,13	1,18	1,18			

Eigene Berechnungen nach Angaben des IWF, von Eurostat und nationalen Quellen. Aggregate gewichtet mit dem BIP in U.S. Dollar von 2024. –^p: Prognose. –¹ MOEL: Mittel- und Osteuropäische EU-Mitgliedstaaten: Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien. –² Brasilien, Mexiko, Argentinien. –³ Korea, Indonesien, Taiwan, Thailand, Hong Kong, Singapur, Malaysia, Philippinen. –⁴ EU, USA, Vereinigtes Königreich und Japan. –⁵ Nach Definition des CPB. –⁶ Jahresdurchschnitte.

Im Prognosezeitraum dürfte die Weltwirtschaft ihren moderaten Wachstumskurs fortsetzen (Tabelle 1). Darauf deuten umfragebasierte Indikatoren wie die Einkaufsmanagerindizes hin, die sowohl für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch für die Schwellen- und Entwicklungsländer eine Expansion anzeigen. Dies gilt für die Industrie und für die Dienstleistungen, wobei die Dienstleistungen wohl weiterhin stärker expandieren werden als die Industrieproduktion. Gegenwind kommt nach wie vor von der hohen handelspolitischen Unsicherheit. Auch der Iran-Krieg und der damit einhergehende kurzfristige sprunghafte Anstieg der Energiepreise dämpft die Entwicklung.

Im Euro-Raum dürfte das Wachstum im Prognosezeitraum in etwa das gegenwärtige Tempo beibehalten. Robuste Arbeitsmärkte und eine niedrige Inflation stützen weiterhin die Realeinkommen. Die Investitionen erhalten Rückenwind von den günstigeren Finanzierungsbedingungen und höheren Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben. Ein Impuls bei der Energie- und

Lebensmittelpreise durch den Iran-Krieg ist im Sommer zu erwarten. Die Inflationsrate dürfte damit um 0,3 Prozentpunkte höher sein, als es ohne den Krieg zu erwarten gewesen wäre.

Die Risiken für die Weltwirtschaft sind mit dem Urteil des obersten US-Gerichts zu den Importzöllen und dem Iran-Krieg nochmals gestiegen. Sollten die kriegerischen Auseinandersetzungen länger anhalten und weitere Ölförderanlagen sowie Öl- und Gashafenanlagen in den Staaten am Persischen Golf beschädigt werden, könnten die Energiepreise noch deutlich stärker steigen und längere Zeit hoch bleiben. Dies würde die Realeinkommen der privaten Haushalte schmälern. Außerdem könnten sich die Zentralbanken gezwungen sehen, die Geldpolitik zu straffen. Darüber hinaus wird durch den Iran-Krieg auch der Containerschiffsverkehr am Persischen Golf in Mitleidenschaft gezogen, was bei einem längeren Andauern der Verwerfungen zu Störungen in den globalen Lieferketten und steigenden Transportkosten führen könnte. Im Zusammenhang mit der US-Zollpolitik ist unklar, welche Zollsätze nach dem 24. Juli gelten werden. Darüber hinaus würden, wenn die niedrigeren Importzölle Bestand haben sollten, die Einnahmen für das US-Budget geringer ausfallen als geplant. Zudem dürften Rückzahlungen der Einfuhrzölle, die von dem Gerichtsurteil betroffen sind, die Folge sein. Daraus resultierende weitere deutliche Anstiege der US-Staatsverschuldung könnten höhere Renditen an den Anleihemärkten zur Folge haben. Die weiteren geopolitischen Risiken, etwa rund um den Konflikt zwischen China und Taiwan, bleiben darüber hinaus bestehen. Außerdem könnten Exportbeschränkungen bei Seltenen Erden oder Hochtechnologieprodukten die Weltwirtschaft beeinträchtigen.

2. Belebung der deutschen Wirtschaftsaktivität erhält einen Dämpfer

Die deutsche Wirtschaft hat sich in den vergangenen Monaten aus der Stagnation gelöst. Die Produktion wurde im vierten Quartal mit 0,3% überraschend deutlich ausgeweitet und auch für die ersten Monate dieses Jahres deutet einiges auf eine Fortsetzung der Erholung hin. Ein Dämpfer ist allerdings von dem Anstieg der Energiepreise in Folge des Iran-Krieges zu erwarten. Aber auch ohne diese erneute Belastung gibt es mehrere Argumente dafür, dass die wirtschaftliche Erholung schwach geblieben wäre. Dafür spricht zunächst, dass im vierten Quartal vor allem die öffentliche Nachfrage kräftig ausgeweitet wurde. So stiegen die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen um gut 38% gegenüber dem Vorquartal. Hierin dürften sich die höheren Ausgabenspielräume der öffentlichen Haushalte widerspiegeln. Überraschend deutlich wurde auch der private Konsum zum Jahresende ausgeweitet, obwohl die Erwerbstätigkeit zurückgegangen ist und auch die Stimmung der Konsumenten eher schlecht war.

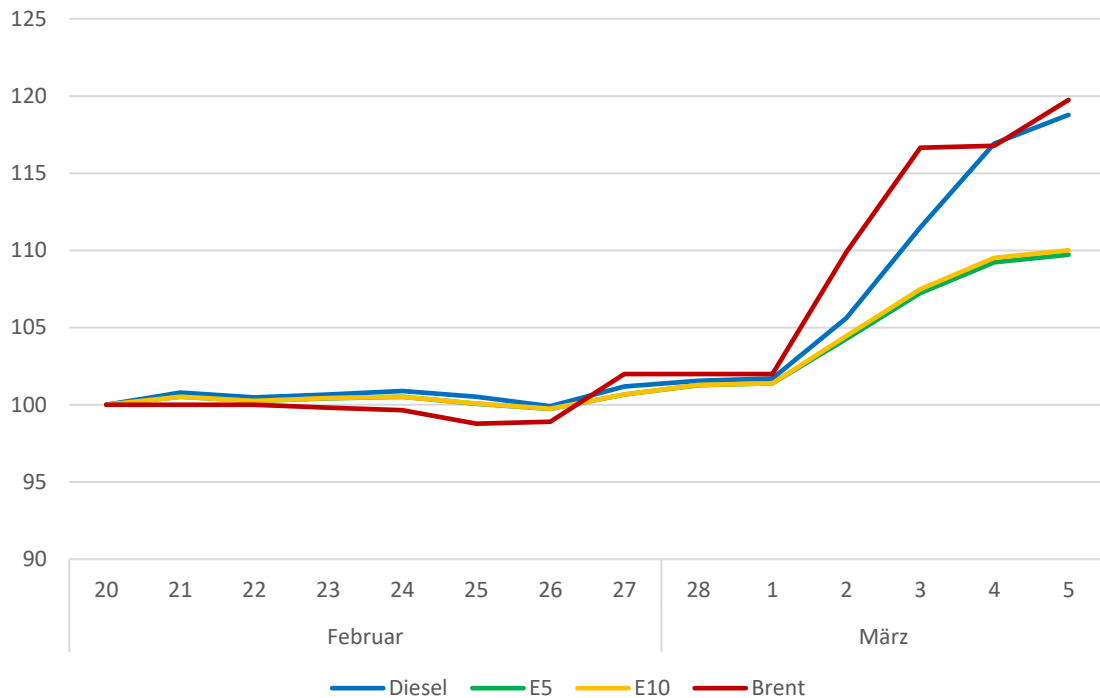
Die Lage der Unternehmen hat sich noch nicht durchgreifend gebessert. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass die internationale Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen weiterhin rückläufig war. Damit einher geht eine schwache Nachfrage nach Investitionsgütern. Auch die in vielen Bereichen immer noch niedrige Kapazitätsauslastung dürfte die Investitionstätigkeit dämpfen. Lediglich die sonstigen Investitionen wurden bis zuletzt deutlich ausgeweitet. Dahinter dürfte sich der zunehmende Einsatz von KI in den Unternehmen verbergen. Insgesamt ist die wirtschaftliche Dynamik in der Privatwirtschaft immer noch gering.

Eine neue Belastung für die wirtschaftliche Erholung ist nun durch den Iran-Krieg hinzugekommen. Unmittelbar nach Kriegsbeginn sind die Kraftstoffpreise in Deutschland kräftig gestiegen (Schaubild 4). Der Preis für Diesel ist um 17% gestiegen und damit im gleichen Ausmaß wie der Preis für Rohöl der Sorte Brent. Die Preise für E5 und E10 sind im selben Zeitraum um 9% gestiegen. Angesichts der Zerstörung von Förder- und Raffineriekapazitäten nicht nur im Iran, sondern auch in anderen Anrainerstaaten am Persischen Golf sowie die Blockade der Straße von Hormus, besteht das Risiko, dass sich die Preissteigerungen fortsetzen.

Schaubild 4

Preise ausgewählter Kraftstoffe und Rohöl

20. Februar bis 5. März 2026; 20. Februar = 100



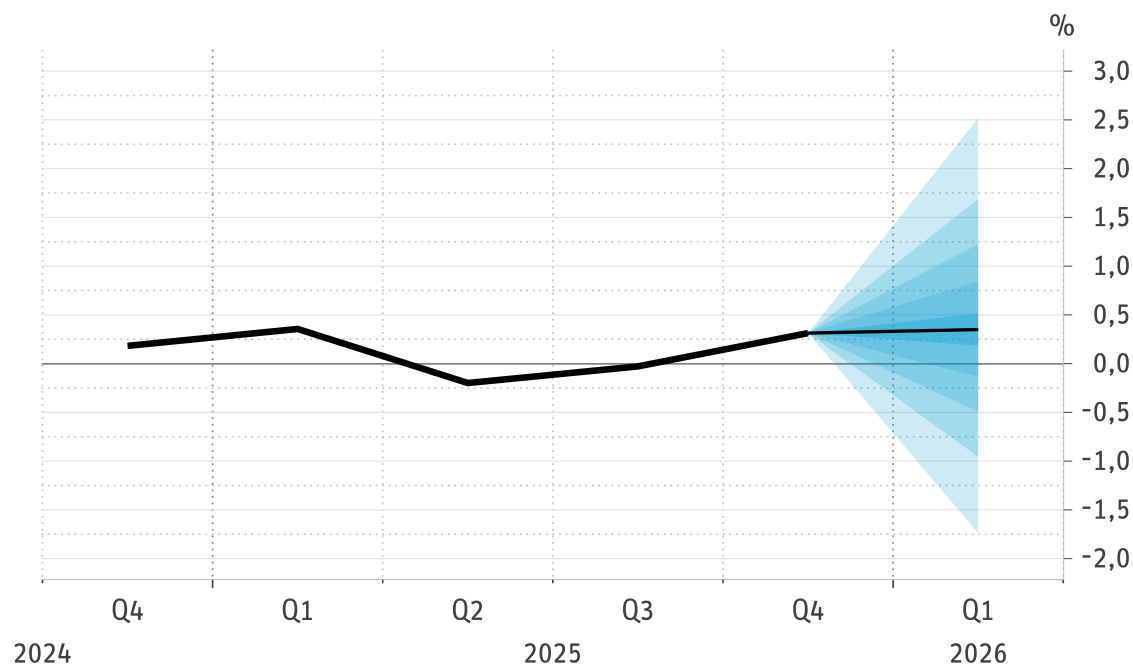
Eigene Darstellung nach Angaben von Benzinpreisspiegel und Macrobond.

Der Anstieg der Energiepreise dürfte den Zuwachs des BIP im ersten Quartal etwas dämpfen. Abgesehen davon deuteten eine Reihe von Indikatoren, wie die Auftragseingänge und die Erwartungen der Unternehmen, auf eine Fortsetzung der Erholung im ersten Quartal hin. Insgesamt ergibt der Nowcast für das erste Quartal, in dem der Iran-Krieg nicht berücksichtigt ist, einen Anstieg des BIP um 0,3% (Schaubild 5). In unserer Prognose für das erste Quartal haben wir eine etwas niedrigere Rate unterstellt.

Schaubild 5

Modellprognose der BIP-Zuwachsrates

Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Prognose mit dem vom RWI verwendeten Mixed-Frequency-VAR-Modell (Döhrn et al., 2018: 29-31).

Kasten 1

Zur Entwicklung der Verbraucherpreise nach dem Beginn des Iran-Krieges

Am 28. Februar griffen die USA und Israel den Iran an. Der Iran reagierte mit Vergeltungsschlägen auf US-Stützpunkte in Nachbarländern und dem Beschuss unter anderem der Öl- und Gasinfrastruktur. Darüber hinaus kündigte der Iran die Sperrung der Straße von Hormus an – einem wichtigen Seeweg, über den etwa 20 % der weltweiten Öl- und Gasproduktion transportiert werden. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts ist der Warenverkehr beinahe vollständig zum Erliegen gekommen.

Die Reaktion auf den Rohstoffmärkten erfolgte umgehend. Zwischen dem 28. Februar und dem 3. März stiegen die Spotpreise auf dem niederländischen Gasmarkt von etwas mehr als 30 auf über 50 Euro pro Kilowattstunde, und die Terminkontrakte für April und Mai schossen zeitlich auf 60 Euro hoch, was einem Preisanstieg von 100 % gegenüber Februar entspricht.

Angesichts der Bedeutung von Erdgas für die deutsche Wirtschaft ist davon auszugehen, dass diese Entwicklungen zu einem Inflationsdruck führen werden, dessen Ausmaß weitgehend vom Verlauf des Krieges abhängen wird. Die US-amerikanisch-israelische Allianz hat signalisiert, dass sie von einer Dauer des Angriffs von etwa vier Wochen ausgeht. Die tatsächliche Kriegsdauer ist aber schwer abzusehen.

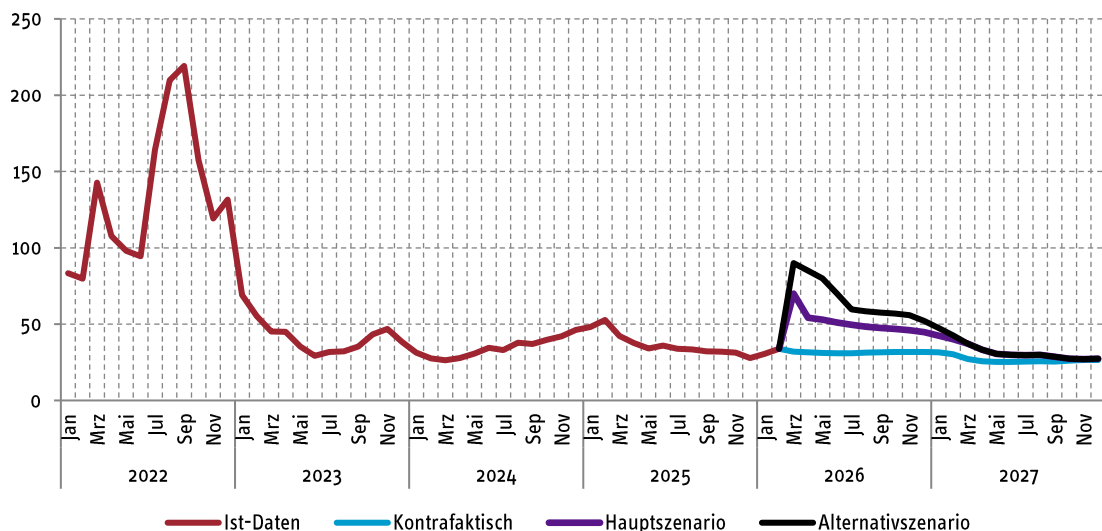
Wichtiger als die Dauer ist jedoch die Frage, ob die Infrastruktur für Öl- und Gasförderanlagen großflächig beschädigt wird. So wurden durch Angriffe des Irans zum Beispiel der größte Öltraffineriekomplex der Welt (Ras Tanura in Saudi Arabien) und das Mussafah-Kraftstoffterminal südwestlich von Abu Dhabi beschädigt.

Um die möglichen Auswirkungen des Angriffs auf die Inflation zu bewerten, führen wir eine Analyse durch, die verschiedene Entwicklungspfade für die Preise auf dem Erdgasmarkt berücksichtigt (Schaubild 6). Unser kontrafaktisches Szenario geht davon aus, dass der Krieg nicht ausgebrochen ist, d.h. wir nehmen an, dass die Erdgaspreise auf dem vor Ausbruch des Konflikts erwarteten Niveau geblieben wären. Dazu ziehen wir Futures auf dem niederländischen Gasmarkt vom 27.02.2026 heran. Auf Basis der Kontrakte wäre davon auszugehen, dass der Preis in den nächsten zwei Jahren stabil bei etwa 30 Euro geblieben wäre. Unser Hauptszenario ist, dass der Konflikt weiter eskaliert und zu höheren Spotpreisen für März führt (bis zu 70 Euro pro Kilowattstunde). In diesem Szenario wird die kritische Infrastruktur nicht zu schwer beschädigt, und daher nehmen wir ab April die Erdgas-Terminpreise vom 03.03.2026 für die zukünftige Entwicklung der Erdgaspreise an. Im alternativen Szenario wird die Infrastruktur schwerer beschädigt und es dauert mindestens drei Monate bis zu einem halben Jahr, bis sie wiederhergestellt ist. Dieses Szenario führt zu höheren Spotpreisen für März (bis zu 90 Euro pro Kilowattstunde) und geht mit einem Aufschlag auf die Futures für 2026 einher, der 2027 allmählich nachlässt.

Schaubild 6

Erdgaspreise auf dem niederländischen Markt (TTF).

Januar 2022 bis Februar 2026 – Spotpreise. Ab März 2026 mögliche Entwicklungen am Erdgasmarkt. In Euro pro Kilowattstunde.



Macrobond, eigene Berechnungen.

Der Vergleich des Haupt- und des alternativen Szenarios mit dem kontrafaktischen Szenario ermöglicht eine Bewertung des Inflationsimpuls. Zur Quantifizierung dieser Effekte verwenden wir ein Bayesianisches VAR mit den folgenden drei Variablen: Erdgaspreise, Erzeugerpreise und Verbraucherpreise. Die Daten sind monatlich und beginnen im Januar 2007, begrenzt von der Verfügbarkeit der Erdgaspreise. Das Bayesianische VAR wird unter Verwendung der klassischen Minnesota-Prior-Verteilung mit einer vollständigen Varianz-Kovarianz-Matrix mit 3000 Ziehungen aus der analytischen Posterior-Verteilung der Parameter geschätzt.

Die geschätzte Entwicklung der Verbraucherpreise ist in Schaubild 7 dargestellt. Es dauert einige Zeit, bis sich der Anstieg der Erdgaspreise auf die gesamte Wirtschaft auswirkt. Im Hauptszenario steigt die Inflationsrate in den Sommermonaten etwa um 0,8 Prozentpunkte stärker als im kontrafaktischen Szenario. Im Alternativszenario sind die Auswirkungen sogar noch stärker und machen in den monatlichen Daten eine Differenz von bis zu 1,3 Prozentpunkte aus.

Dies dürfte dazu führen, dass sich die höheren Energiepreise mit unterschiedlichen Verzögerungen durch die Wertschöpfungsketten arbeiten und ein breiteres Angebot von Waren erfassen. So dürften durch die höheren Ölpreise neben den Benzinpreisen z.B. auch die Preise von Nahrungsmitteln steigen. Die Verteuerung von Erdgas belastet erneut die energieintensiven Industrien und die Energieversorger, die einen Teil ihrer Produktion mit Gaskraftwerken abdecken. Insgesamt erwarten wir, dass sich der Druck auf die Verbraucherpreise in den kommenden Monaten verstärkt und die Inflationsrate im Sommer ihren höchsten Wert erreicht. Die stärksten realwirtschaftlichen Effekte sind unter den getroffenen Annahmen ebenfalls im Sommerhalbjahr zu erwarten.

Die sich bisher abzeichnenden Effekte des Iran-Krieges dürften nicht stark genug sein, um die Erholung der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr zu gefährden. Vielmehr gehen wir davon aus, dass sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte verstärkt. Dabei dürfte die öffentliche Nachfrage weiter zunehmen, da verstärkt Mittel aus dem Sondervermögen Investitionen und Klimaschutz nachfragewirksam werden und auch die Verteidigungsausgaben weiter deutlich steigen. So gehen wir davon aus, dass die Impulse aus dem Sondervermögen Investitionen und Klimaschutz in diesem und im kommenden Jahr je 10 Mrd. Euro betragen und in beiden Jahren die Verteidigungsausgaben um jeweils 7 Mrd. Euro steigen werden. Zusammengekommen entspricht dies in jedem Jahr gut 0,35% des nominalen BIP.

Darüber hinaus dürfte sich auch die private Nachfrage ab der zweiten Jahreshälfte etwas verstärken. Die höheren Bestellungen aus dem Ausland lassen erwarten, dass sich die Exporte im Verlauf dieses Jahres festigen und auch die privaten Investitionen werden wohl im Laufe dieses Jahres wieder etwas Tritt fassen. Insgesamt erwarten wir eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt, so dass auch der private Konsum etwas an Dynamik gewinnen dürfte. Angesichts des spürbaren Kaufkraftentzugs durch die gestiegenen Energiepreise dürfte diese Erholung allerdings etwas gedämpft werden.

Insgesamt rechnen wir mit einer Ausweitung des BIP im Jahresdurchschnitt dieses Jahres von 0,9% (Tabelle 3). Im kommenden Jahr, wenn die dämpfenden Effekte des Energiepreisanstiegs auslaufen, dürfte das BIP um 1,2% ausgeweitet werden (Schaubild 8). In diesem und im kommenden Jahr wird die konjunkturelle Dynamik in Deutschland durch diese Raten etwas überzeichnet. In diesem Jahr schlägt ein mit 0,3% recht deutlicher Kalendereffekt zu Buche. Im kommenden Jahr wird die Jahresdurchschnittsrates durch einen deutlichen statistischen Überhang erhöht. So fällt die Jahresverlaufsrate mit 1,0% etwas geringer aus. Aber auch diese Werte deuten auf eine weitere Belebung der deutschen Wirtschaft hin. Der Zuwachs liegt auch deutlich über dem Wachstum des Produktionspotenzials, das in diesem und in den kommenden Jahren bei etwa 0,2% liegen dürfte. Dabei dürfte sich die Produktionslücke schließen. Im kommenden Jahr ist mit einer leichten Überauslastung zu rechnen.

Tabelle 3

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts
2024 bis 2027; in %

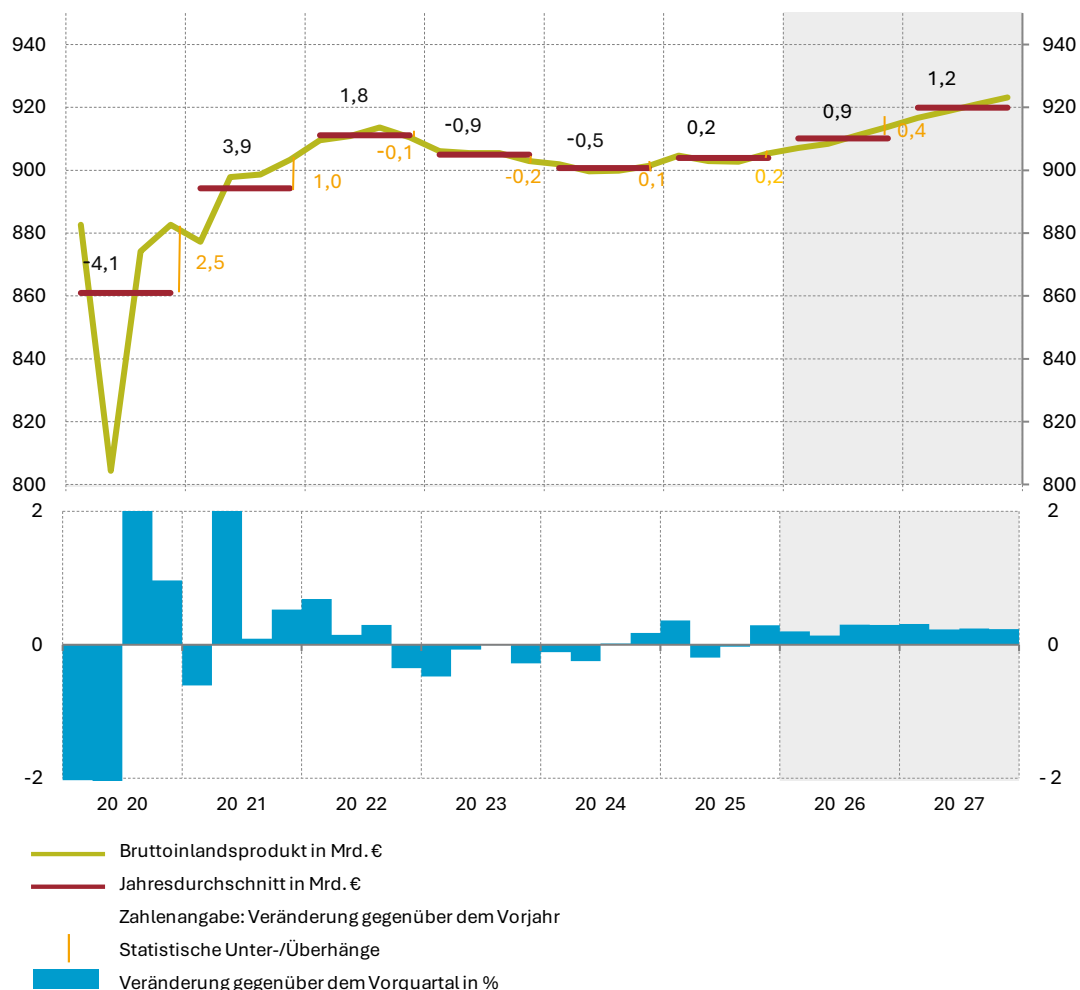
	2024	2025	2026 ^p	2027 ^p
Statistischer Überhang ¹	-0,2	0,1	0,2	0,4
Jahresverlaufsrate ²	-0,2	0,4	0,9	1,0
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	-0,5	0,4	0,7	1,1
pKalendereffekt ³	0,0	-0,1	0,3	0,1
Durchschnittliche Veränderung	-0,5	0,2	0,9	1,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^pEigene Prognose.

Schaubild 8

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2020 bis 2027; real; Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab dem ersten Quartal 2026 eigene Prognose.

3.1 Leichte Erholung bei den Ausfuhren

Die Schwäche des deutschen Außenhandels setzte sich zum Jahresende 2025 fort. Die Exporte gingen im vierten Quartal um 0,6 % zurück. Insbesondere der Export von Kraftfahrzeugen in wichtige Absatzmärkte wie China und die USA ist weiter rückläufig (Schaubild 9). Lediglich bei europäischen Ländern wie Frankreich zeigt sich eine Stabilisierung des Absatzes. Bei anderen wichtigen Warengruppen stellt sich die Lage etwas günstiger dar. So haben sich die Ausfuhren von elektrotechnischen Erzeugnissen schon in der Jahresmitte 2025 stabilisiert und sind seitdem wieder leicht aufwärtsgerichtet. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Maschinen, Apparaten und mechanischen Geräten. Bei pharmazeutischen Erzeugnissen zeigt sich derzeit kaum eine Schwäche. Sie stabilisieren sich auf hohem Niveau. Auch die Importe sind zum Jahresende noch einmal gesunken, die Dienstleistungsimporte deutlich stärker als die Importe von Waren.

Zu Beginn des neuen Jahres ist mit einer leichten Belebung zu rechnen. Die Exporte dürften um 0,2% und die Importe um 0,1% zulegen. Darauf weisen sowohl verbesserte Stimmungsindikatoren als auch die positive Entwicklung der Auftragseingänge hin. Die Erholung dürfte jedoch nur verhalten ausfallen. Die moderate wirtschaftliche Entwicklung in China lässt keine Belebung der Nachfrage nach deutschen Waren und Dienstleistungen erwarten. Auch die Nachfrage aus den USA dürfte durch die anhaltende handelspolitische Unsicherheit schwach bleiben. Lediglich die Aufwärtstendenzen der Exporte in die europäischen Absatzmärkte dürften sich fortsetzen.

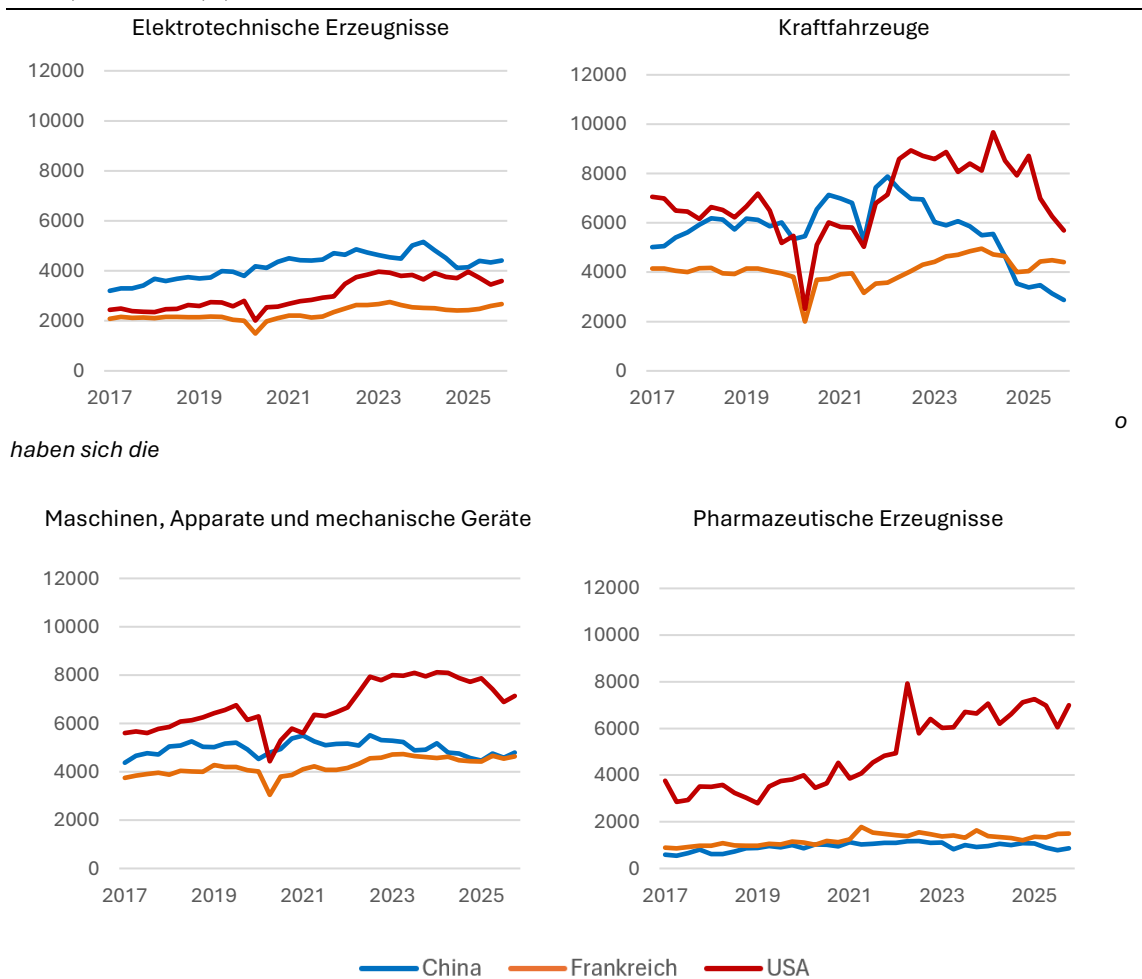
Zudem ist damit zu rechnen, dass die Folgen des Iran-Krieges die Exporte spürbar bremsen, so dass ein Rückgang der Ausfuhren im zweiten Quartal zu erwarten ist. Im weiteren Verlauf des Jahres dürfte sich der deutsche Außenhandel jedoch wieder beleben. Zudem dürften steigende Nachfrage nach Rüstungs- und Dienstleistungsgütern zusätzliche Impulse liefern. Insgesamt ist jedoch angesichts der weiterhin angespannten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie der erhöhten staatlichen Nachfrage nach Importgütern mit einem rückläufigen Außenbeitrag im Prognosezeitraum zu rechnen. Insgesamt dürften die Exporte in diesem Jahr mit -0,1% annähernd stagnieren und im kommenden Jahr um 1,4% zunehmen (Tabelle 4). Die Importe dürften 2026 um 1,4% und 2027 um 1,5% steigen.

Die Außenhandelspreise legten im vierten Quartal 2025 trotz rückläufiger Energiepreise zu. Getrieben wurde diese Entwicklung vor allem durch die dynamischen Dienstleistungspreise. Insgesamt stiegen die Exportpreise um 0,6% und die Importpreise um 1,1%. Für das erste Quartal ist mit einem deutlichen Preisanstieg im Außenhandel zu rechnen. Der starke Anstieg der Energiepreise – insbesondere beim Gas – dürfte die ohnehin kräftige Preisdynamik zusätzlich verstärken. Entsprechend könnten sich die Exportpreise um 1,1% und die Importpreise um 1,6% erhöhen. Im weiteren Jahresverlauf dürften die deutschen Exporteure einen Teil der gestiegenen Energiekosten weitergeben können, sodass sich die Terms of Trade nach der Verschlechterung zu Jahresbeginn wieder etwas verbessern dürften.

Schaubild 9

Ausfuhren ausgewählter Waren nach Ländern

2017,1 bis 2025,4; nominal in Mill Euro



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Saisonbereinigung mit X13.

Tabelle 4
RWI-Konjunkturprognose vom Dezember 2025

2024 bis 2027, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2024	2025	2026 ^p	2027 ^p	Änderung zum Dezember 2025		
					2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt ¹	-0,5	0,2	0,9	1,2	0,1	-0,1	-0,2
Verwendung ¹							
Konsumausgaben	1,1	1,5	1,4	1,1	0,3	0,3	-0,2
Private Haushalte ²	0,5	1,6	0,9	0,7	0,7	0,2	-0,4
Staat	2,6	1,3	2,8	2,0	-0,9	0,9	0,2
Anlageinvestitionen	-3,3	-0,2	1,7	2,1	0,4	-0,5	-0,3
Bauten	-3,4	-0,6	1,4	1,6	0,7	0,1	-0,2
Ausrüstungen	-5,4	-1,9	0,9	2,0	0,4	-1,8	-0,8
Sonstige Anlagen	0,2	3,8	3,8	3,8	0,0	0,2	0,3
Vorratsveränd. (Wachstumsbeitrag)	0,1	0,7	0,1	0,0	0,0	-0,1	0,1
Inländische Verwendung	0,2	1,8	1,5	1,2	0,2	0,0	-0,3
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	-0,7	-1,5	-0,6	0,0	-0,1	-0,1	0,0
Ausfuhr	-2,1	-0,4	-0,1	1,4	-0,1	-0,9	-0,2
Einfuhr	-0,6	3,6	1,4	1,5	0,1	-0,8	-0,2
Erwerbstätige ³ , in 1000	45 987	45 982	45 954	46 107	3,6	-72,5	-79,3
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 787	2 948	2 953	2 803	0,0	39,0	54,3
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	6,0	6,3	6,3	6,0	0,0	0,1	0,2
Verbraucherpreise ⁶	2,3	2,2	2,6	2,4	0,0	0,6	0,4
Lohnstückkosten ⁷	5,8	4,7	2,0	2,3	0,1	-0,2	0,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁸							
in Mrd.€	-115,3	-119,1	-184,1	-213,2	-16,9	-30,8	-34,7
in % des nominalen BIP	-2,7	-2,7	-4,0	-4,4	-0,4	-0,7	-0,7
Leistungsbilanzsaldo ⁹							
in Mrd.€	251,5	197,4	172,1	181,5	-6,2	-9,1	-4,7
in % des nominalen BIP	5,8	4,4	3,7	3,8	-0,2	-0,2	-0,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Preisbereinigt. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. – ⁶Verbraucherpreisindex. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ¹⁰In %-Punkten, Abweichungen rundungsbedingt möglich. – ^pPrognose.

3.2 Staatliche Impulse stützen die Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt stagnierten (0,1 %). Dabei stand einer kräftigen Ausweitung der staatlichen Ausrüstungsinvestitionen (38,4 %) ein deutlicher Rückgang der privaten (-5,2 %) gegenüber. Die im dritten Quartal aufgekommene Hoffnung auf eine Trendwende bei den privaten Ausrüstungsinvestitionen bestätigte sich damit nicht. Zu dem Zeitpunkt waren sie erstmals seit fünf Quartalen wieder gestiegen, eine nachhaltige Belebung setzte jedoch nicht ein. Der Investitionsbooster der Bundesregierung führte damit bislang nicht zu den angestrebten Effekten.

Seit Jahresbeginn hat sich die Stimmung unter den Investitionsgüterherstellern nun allerdings etwas aufgehellt, wie die ifo Geschäftslage zeigt. Auch die Auftragseingänge legten kräftig zu; vom dritten zum vierten Quartal 2025 stiegen sie um 37%. Zwar ist der sprunghafte Anstieg zu einem erheblichen Teil auf Großaufträge, insbesondere für Rüstungsgüter zurückzuführen und

im Januar war der Auftragseingang wieder rückläufig. Doch weisen auch die Auftragseingänge ohne Großaufträge in den letzten drei Monaten eine deutliche Verbesserung auf. Bis sich dies spürbar in den privaten Ausrüstungsinvestitionen niederschlägt, dürfte jedoch noch einige Zeit vergehen. Im laufenden Quartal liegt die Kapazitätsauslastung der Investitionsgüterhersteller unter dem Stand zum Jahresende 2025. Zudem gingen die gewerblichen Kfz-Zulassungen im Januar erneut zurück, nachdem sie bereits seit Oktober deutlich gesunken waren. Im weiteren Jahresverlauf ist aber mit einer allmählichen Belebung der privaten Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen. Die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen dürften im laufenden Quartal geringer ausfallen als im außergewöhnlich starken Schlussquartal. Zwar ist davon auszugehen, dass die Beschaffung von Rüstungsgütern dauerhaft ausgeweitet wird, jedoch bleibt das Investitionsvolumen in diesem Bereich voraussichtlich volatil, da es maßgeblich von der Fertigstellung weniger, sehr kostenintensiver Güter abhängt.

Die Investitionen in sonstige Anlagen dürften im Prognosezeitraum in ähnlichem Tempo wie bislang ausgeweitet werden. Insbesondere Investitionen in KI-Software dürften dazu beitragen, dass die privaten und öffentlichen Ausgaben für sonstige Anlageinvestitionen weiter zunehmen.

3.3 Bauinvestitionen schaffen die Trendwende

Die Bauinvestitionen wurden im Schlussquartal 2025 spürbar ausgeweitet (1,6%). Zuwächse verzeichneten sämtliche Segmente. Während die Investitionen im Wirtschaftsbau um 1,5% stiegen, legten sie im öffentlichen Bau mit 1,8% noch etwas kräftiger zu. Auch der Wohnungsbau trug zur positiven Gesamtentwicklung bei.

Die vergleichsweise dynamische Expansion dürfte maßgeblich auf Witterungseinflüsse zurückzuführen sein. Der Winter verlief zunächst überwiegend mild; ein ausgeprägter Wintereinbruch setzte erst gegen Jahresende ein. Entsprechend dürften im vierten Quartal verhältnismäßig viele Bauleistungen erbracht worden sein, während im laufenden Quartal mit deutlichen witterungsbedingten Beeinträchtigungen zu rechnen ist. Darauf deuten neben meteorologischen Daten auch die ifo Umfrageergebnisse hin. Der Anteil der Unternehmen, die von Baubeeinträchtigungen berichten, lag im aktuellen Quartal rund 7 Prozentpunkte über dem Vorquartal. Maßgeblich hierfür sind witterungsbedingte Einschränkungen, die im Januar und Februar ein auch im Vergleich zu den vorangegangenen Wintern hohes Niveau erreichten. Zusätzliche Indikatoren sprechen ebenfalls für eine schwächere Bauproduktion im laufenden Quartal. Die Kapazitätsauslastung im Hoch- und Tiefbau ist rückläufig, die gemeldete Bauaktivität deutet auf eine gedämpfte Entwicklung hin und die Bauproduktion im Hoch- und Tiefbau war im Januar abwärtsgerichtet.

Im weiteren Jahresverlauf dürften die Bauinvestitionen wieder moderat ausgeweitet werden. Darauf weisen die im Januar und Februar verbesserten ifo Geschäftserwartungen hin. Impulse dürften dabei insbesondere vom öffentlichen Bau ausgehen. So verzeichnete der Straßenbau im Dezember einen kräftigen Anstieg der Auftragseingänge, was auf einen weiteren Anstieg der Bautätigkeit in diesem Bereich im späteren Jahresverlauf schließen lässt.

3.4 Privater Konsum leidet unter steigenden Energiepreisen

Der private Konsum hat das vergangene Jahr mit einem starken Zuwachs im vierten Quartal abgeschlossen. Zusätzlich zu den steigenden Realeinkommen hat auch die sinkende Sparquote zu der kräftigen Entwicklung des Konsums der privaten Haushalte beigetragen. Gegenüber dem Vorjahr ist die Sparquote im Jahr 2025 um etwa einen Prozentpunkt gefallen.

Zu Beginn des Jahres 2026 dürfte sich der Anstieg des privaten Konsums allerdings wieder abschwächen. Die Verbraucherstimmung ist weiterhin deutlich getrübt und – gemessen am Konsumklimaindex – im ersten Quartal abermals gesunken. Zwar waren die Konjunktur- und Einkommenserwartungen der Verbraucher zuletzt optimistischer als im Vorjahr, allerdings ist die Sparneigung aktuell wieder sehr hoch und die Anschaffungsneigung entsprechend niedrig. Die Erhebung dieses Indikators hatte noch nicht den Ausbruch des Iran-Krieges erfasst, so dass mit einer weiteren Verschlechterung des Konsumklimas zu rechnen ist. Insbesondere der kräftige Anstieg der Preise für Kraftstoffe dürfte die Anschaffungsneigung der privaten Haushalte dämpfen. Insgesamt ist im ersten Quartal 2025 mit einem geringen Anstieg des privaten Konsums zu rechnen und im zweiten Quartal nur mit einer Stagnation.

Unter der Annahme, dass der Iran-Krieg nicht längere Zeit anhält, dürfte der Rückgang der Unsicherheit und bessere Konjunktur- und Einkommensaussichten – unter anderem wegen einer Aufhellung am Arbeitsmarkt – zu einer stärkeren Ausweitung des privaten Konsums in der zweiten Jahreshälfte führen. Im kommenden Jahr ist, ohne deutliche positive Impulse, nur mit einem schwachen Anstieg zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt dürfte der Zuwachs des privaten Konsums nach 1,7% im vergangenen Jahr im laufenden Jahr bei 0,7% und im Jahr 2027 bei 0,8% liegen.

3.5 Staatskonsum legt kräftig zu

Der Staatskonsum dürfte in realer Rechnung im laufenden Jahr um 2,8% expandieren und im Jahr 2027 um 2,0%. Die kräftigen Zuwächse resultieren aus Steigerungen der Vorleistungskäufe im Bereich Militär, aber auch solcher die mit der allgemein erhöhten staatlichen Investitionstätigkeit einhergehen. Wir gehen davon aus, dass die Dynamik im Prognosezeitraum abnimmt. Steigende Ausgaben im Gesundheitswesen bestärken die Zuwächse des Staatskonsums über den gesamten Prognosezeitraum.

4. Bruttowertschöpfung tritt weiter auf der Stelle

Die Bruttowertschöpfung nahm im vierten Quartal 2025 relativ kräftig - um 0,4% - zu. Der Zuwachs ging dabei vor allem auf die Dienstleistungsbereiche zurück. Dagegen stagnierte die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe, die im Sommerhalbjahr erneut deutlich gesunken war. Damit setzt sich der seit Anfang 2023 zu beobachtende Abwärtstrend in der Industrie nicht mehr fort. In diesem Zeitraum hat die deutsche Industrie rund 7% ihrer Wertschöpfung eingebüßt. Hohe bürokratische Belastungen, weiterhin erhöhte Energiepreise, die veränderte Rolle Chinas im Welthandel sowie zunehmende handelspolitische Spannungen stellen die Industrie weiterhin vor erhebliche Herausforderungen.

Am aktuellen Rand mehren sich jedoch Hinweise auf eine weitere Aufhellung der konjunkturellen Lage in der Industrie. So wird die Geschäftslage zu Beginn des Jahres 2026 deutlich günstiger eingeschätzt als noch zum Jahreswechsel. Auch der Auftragseingang hat sich weiter verbessert und setzt damit den seit etwa einem Jahr bestehenden Aufwärtstrend fort. Dies gilt insbesondere für die Nachfrage aus dem Inland. Belastend wirken hingegen die jüngsten Preissteigerungen an den Energiemärkten infolge des Iran-Krieges. Diese dürften die deutsche Industrie spürbar treffen. Besonders belastet werden erneut die energieintensiven Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, die sich von dem Energiepreisanstieg infolge des Krieges in der Ukraine noch nicht erholt haben. Derzeit gehen wir davon aus, dass die erneute Verteuerung von Energie nur vorübergehend sein wird. So dürften sich die wirtschaftlichen Auswirkungen der aktuellen Energiepreisanstiege vor allem im zweiten Quartal 2026 auswirken, teilweise jedoch bereits im März

spürbar werden. Vor diesem Hintergrund erwarten wir für das erste Quartal lediglich eine moderate Zunahme der Wertschöpfung um 0,2%, gefolgt von einer Stagnation im zweiten Quartal.

Innerhalb der Dienstleistungen gab es einen recht gleichmäßigen Anstieg der Wertschöpfung im vierten Quartal 2025. Lediglich in den Bereichen Handel und Verkehr ist es zu leichten Rückgängen gekommen, während es im konsumnahen Gastgewerbe zu einem kräftigen Anstieg (2,9%) kam. Auch bei den Öffentlichen Dienstleistern ist die Wertschöpfung gestiegen (0,8%). Insbesondere in den Bereichen Verkehr und Handel dürften sich die erhöhten Erdölpreise negativ auf die wirtschaftliche Aktivität auswirken. Für das erste Halbjahr erwarten wir daher nur eine leichte Zunahme der Wertschöpfung.

Im weiteren Prognosezeitraum ist weiterhin nur eine allmähliche Erholung der Wertschöpfung zu erwarten. Dämpfend wirken die von den USA verhängten Zölle in Höhe von 15% auf Importe aus der Europäischen Union. Demgegenüber stehen stimulierende Effekte durch das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität. Diese dürften in den Jahren 2026 und 2027 zu einer Ausweitung der industriellen Wertschöpfung beitragen. Vom deutlich erhöhten Verteidigungsetat sind hingegen nur begrenzte Wachstumsimpulse zu erwarten, da die deutsche Rüstungsindustrie nur einen vergleichsweise geringen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung hat und ein erheblicher Teil der Rüstungsgüter voraussichtlich importiert werden dürfte. Von den zusätzlichen öffentlichen Investitionen dürften hingegen auch verschiedene Dienstleistungsbereiche profitieren, insbesondere unternehmensnahe Dienstleistungen sowie öffentliche Dienstleistungen.

Insgesamt erwarten wir für das erste Quartal 2026 einen Anstieg der Bruttowertschöpfung in Deutschland um 0,2% (Tabelle 5). Für die Jahre 2026 und 2027 rechnen wir mit einer Zunahme der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe um 0,4% beziehungsweise 1,4%. Insgesamt dürfte die Bruttowertschöpfung in Deutschland im Jahr 2026 um 0,6% und im Jahr 2027 um 1,2% steigen.

Tabelle 5

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

2025 bis 2026; Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,4	-0,2	0,0	0,3	0,2	0,1	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,6	-0,1	0,0	0,4	0,2	0,1	0,3	0,3
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	1,3	-0,2	-0,7	0,3	0,2	-0,1	0,3	0,3
Darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	1,6	-0,3	-0,9	0,0	0,1	-0,2	0,3	0,4
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-0,3	0,3	0,7	1,5	0,3	0,3	0,3	0,4
Baugewerbe (F)	1,4	-2,2	-0,8	1,7	-0,1	0,2	0,2	0,3
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	1,4	-0,4	0,4	0,0	0,3	0,1	0,3	0,4
Information und								
Kommunikation (J)	0,5	0,2	1,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,6	-1,8	-0,6	0,4	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,6	0,2	0,1	0,7	0,3	0,3	0,3	0,4
Unternehmensdienstleister (M-N)	-0,3	0,4	0,0	0,2	0,3	0,1	0,4	0,4
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,1	0,5	0,4	0,8	0,4	0,4	0,4	0,4
Sonstige Dienstleister (R-T)	-0,7	0,0	0,0	0,8	0,2	0,2	0,2	0,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Weitere Quartals- und Jahreswerte finden sich im Anhang. – ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

5. Wenig Bewegung am Arbeitsmarkt

Am Arbeitsmarkt bleibt die schwache Konjunktur weiter sichtbar. Im vergangenen Jahr stagnierte die Beschäftigung nahezu, während die Arbeitslosigkeit erneut spürbar stieg. Insbesondere im zweiten Halbjahr 2025 kam es zum Teil zu deutlichen Rückgängen der Beschäftigung, die auf die geringe Arbeitsnachfrage zurückzuführen sind. So sank etwa die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im vierten Quartal 2025 um 15 Tsd. Personen, die der ausschließlich geringfügig Beschäftigten sogar um 31 Tsd. Personen. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland liegt laut dem Wert für Januar auf dem niedrigsten Niveau seit fast drei Jahren.

Die Arbeitsmarktindikatoren zeichnen auch für den Beginn dieses Jahres ein durchwachsenes Bild. Zwar verbesserte sich zuletzt der BA-Stellenindex, die Zahl gemeldeter offener Stellen nahm wieder zu und die Vakanzzeit ging etwas zurück, jedoch verschlechterten sich sowohl das IAB-Arbeitsmarktbarometer als auch das ifo Beschäftigungsbarometer. Zudem dürfte die Einstellungsbereitschaft einen leichten Dämpfer durch den Iran-Krieg und die damit einhergehenden steigenden Energiepreise erhalten. Zusammengenommen ist für die erste Hälfte des laufenden Jahres eine Stagnation am Arbeitsmarkt zu erwarten. Erst im zweiten Halbjahr dürfte es zu einer spürbaren Erholung kommen, wenn sich die Konjunkturaussichten aufhellen und die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen, insbesondere im vom Stellenabbau stark betroffenen Verarbeitenden Gewerbe, verbessert.

Die Erholung dürfte allerdings zunehmend durch die Demografie begrenzt sein und im Laufe des Jahres 2027 an Schwung verlieren, da die Erwerbsbevölkerung altersbedingt schrumpft. Die Arbeitslosigkeit dürfte allerdings im kommenden Jahr stärker zurückgehen als im laufenden Jahr. Somit dürfte die Arbeitslosenquote im Jahr 2026 insgesamt gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 6,3% liegen und dann im Jahr 2027 auf 6,0% sinken (Tabelle 6).

Tabelle 6**Arbeitsmarktbilanz**

2021 bis 2027; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2021	2022	2023	2024	2025	2026 ^P	2027 ^P
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	60 410	61 297	61 496	61 364	61 259	61 809	62 046
Erwerbstätige Inland	45 041	45 629	45 935	45 987	45 982	45 954	46 107
Erwerbstätige Inländer	44 909	45 469	45 782	45 830	45 830	45 803	45 956
Selbständige	3 944	3 862	3 787	3 704	3 666	3 641	3 623
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	20	18	20	22	21	24	27
Arbeitnehmer (Inland)	41 097	41 767	42 148	42 283	42 316	42 313	42 484
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 897	34 507	34 790	34 934	34 963	34 990	35 173
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 101	4 125	4 198	4 180	4 120	4 039	4 019
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)	3 368	3 185	3 448	3 577	3 627	3 595	3 425
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	2 613	2 418	2 609	2 787	2 948	2 953	2 803
Aktivierung und berufliche Eingliederung	173	161	155	147	128	142	143
Berufliche Weiterbildung	178	171	184	210	228	237	238
„Ein-Euro-Jobs“	97	92	85	73	59	56	53
Gründungszuschuss	17	16	17	20	20	23	26
Kurzarbeiter	1 852	426	241	298	319	319	319
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter) ²	4 254	3 346	3 522	3 664	3 722	3 690	3 520
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	5,7	5,3	5,7	6,0	6,3	6,3	6,0
Erwerbslosenquote ⁴	3,3	2,9	2,8	3,1	3,5	3,6	3,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB.

-¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. -²Vollzeitäquivalente. -³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. -⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. -^PEigene Prognose, Angaben

gerundet.

Kasten 2**Entwicklung der Stellenangebote mit Home-Office und Teilzeitarbeit**

Angeht den demografischen Wandels ist die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen ein Weg für Unternehmen, um neue Arbeitskräfte zu gewinnen. Dabei sind die Vereinbarung von Teilzeitarbeit sowie die Ermöglichung von Home-Office-Arbeit zwei wichtige Instrumente. In den vergangenen Jahren ist dabei der Anteil der Erwerbstätigen, die in Teilzeit arbeiten, auf 29% im Jahr 2024 gestiegen (Destatis, 2025). Im gleichen Jahr arbeiteten 24,1% der Erwerbstätigen im Home-Office, gegenüber dem Jahr 2019 ist dies eine Verdoppelung (Destatis, 2026).

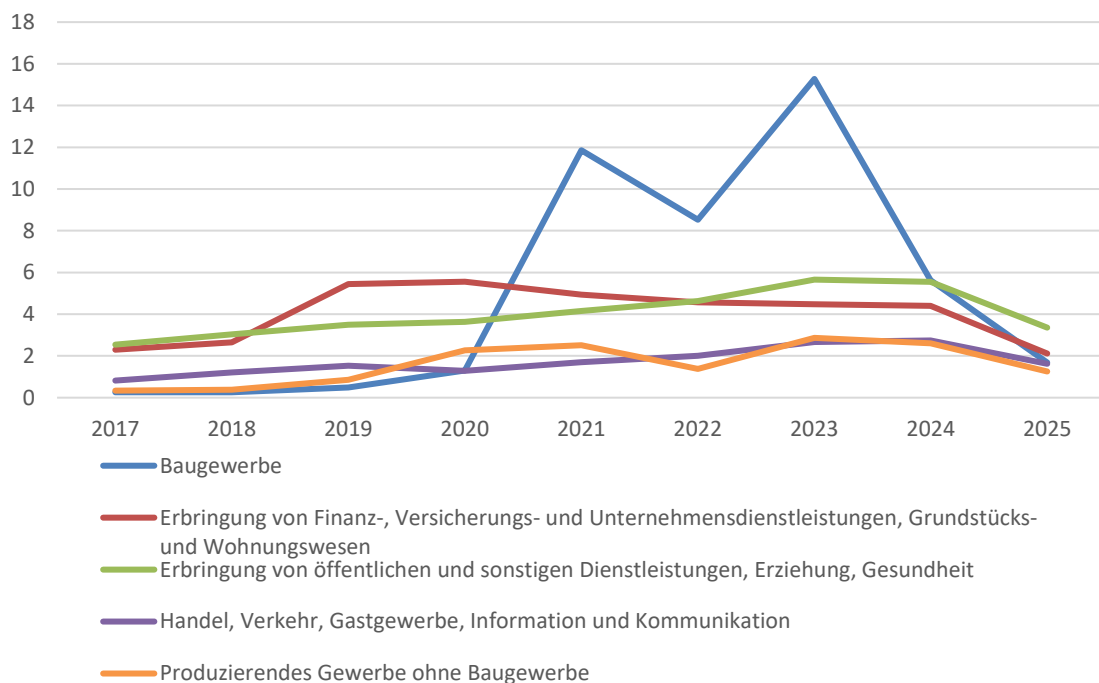
Diese Entwicklung lässt sich auch mit Hilfe der Informationen aus online-Stellenanzeigen nachzeichnen. Die Analyse basiert auf Daten von über 120 Millionen Online-Stellenanzeigen im Zeitraum von 2017 bis 2025. Diese wurden mittels Webscraping von der Firma Palturai/Finbot von einer großen Anzahl an Stellenplattformen sowie direkt von Unternehmenswebseiten erhoben. Für die finale Auswertung werden nur jene Stellenanzeigen berücksichtigt, denen eindeutig ein Unternehmen, ein Beruf und ein Arbeitsort zugeordnet werden konnten. Zudem werden alle Anzeigen ausgeschlossen, aus denen keine aussagekräftige Stellenbeschreibung extrahiert werden konnte, ebenso wie alle mittels Textähnlichkeitsmaßen identifizierten Duplikate. Ebenso nicht berücksichtigt werden Praktika, Ausbildungsstellen, Zeitarbeit und Personal-

vermittlungen. Nach dieser intensiven Bereinigung umfasst der Datensatz rund 14,2 Millionen Stellenanzeigen.

Die Ergebnisse zeigen, dass bei den neu ausgeschriebenen Stellen der Anteil von Teilzeitbeschäftigung in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat (Schaubild 10). Dabei zeigt sich, dass das Angebot von Teilzeitstellen in Dienstleistungsbereichen wie Banken und Versicherungen bereits vor der Corona-Pandemie deutlich gestiegen ist. Im Produzierenden Gewerbe ohne Bau und im Handel, Verkehr und Gastgewerbe sind die Teilzeitangebote relativ gering. Bemerkenswert ist der Anstieg des Anteils von Teilzeitstellen im Baugewerbe in den Jahren nach der Corona-Pandemie. Inzwischen geht der Anteil der Teilzeitangebote in allen Wirtschaftszweigen wieder zurück.

Schaubild 10

Anteil der Stellenangebote mit Teilzeit-Möglichkeit nach Wirtschaftszweigen



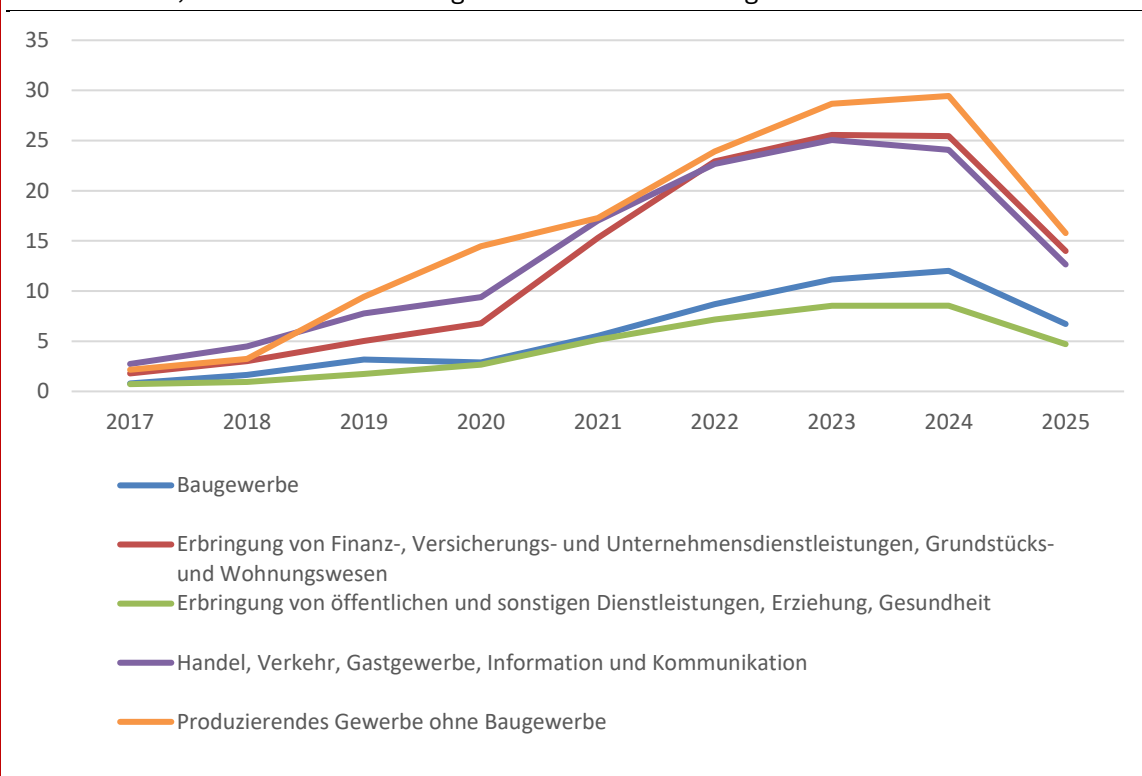
Eigene Berechnungen nach Angaben von Palturai/Finbot.

Im Unterschied dazu ist der Anteil von Stellen mit einer Möglichkeit zum Home-Office in allen Wirtschaftszweigen deutlich höher (Schaubild 11). Bemerkenswert ist auch, dass die Anteile vor der Corona-Pandemie schwächer gestiegen sind. Der Schub durch die Corona-Pandemie war in allen Bereichen damit deutlich stärker. Allerdings ist auch hier seit dem Jahr 2023 die Entwicklung wieder rückläufig. Betrachtet man den Anteil der Stellenangebote mit Möglichkeit zum Home-Office an allen Angeboten, dann wurde im vergangenen Jahr wieder der Anteil der Vor-Corona-Zeit erreicht. Je nach Branche liegen die Anteile zwischen 5% und 15%.

Insgesamt zeigt sich, dass Unternehmen das Angebot von Home-Office Arbeit stärker nutzen, um Arbeitskräfte zu gewinnen, als Teilzeitangebote. Der rückläufige Anteil der Angebote mit Möglichkeit zum Home-Office könnte aber darauf hindeuten, dass die Unternehmen das während der Corona-Pandemie entstandene Ausmaß für zu hoch erachten. Ein Rückgang auf Vor-Corona-Werte zeichnet sich aber auch in diesen Zahlen nicht ab.

Schaubild 11

Anteil der Stellenangebote mit Home-Office Möglichkeit nach Wirtschaftszweigen
2017 bis 2025; Anteil an Stellenanzeigen mit Home-Office-Angebot in %



Eigene Berechnungen nach Angaben von Palturai/Finbot.

6. Zurückhaltung bei Lohnsteigerungen

Bei den Tariflöhnen zeigte sich im vergangenen Jahr eine deutliche Moderation. Neue Abschlüsse sehen deutlich niedrigere Lohnsteigerungen vor als die vorherigen Tarifverträge. Andererseits sind die Effektivverdienste im Jahr 2025 weiter kräftig gestiegen und es ergab sich trotz der schwachen Konjunktur eine stark positive Lohndrift. Zum Teil könnte diese durch Abfindungszahlungen im Zuge des Beschäftigungsabbaus zustande gekommen sein. Wenn dieser Einmaleffekt wegfällt, dürfte sich die Schere zwischen Tarif- und Effektivverdiensten trotz der erwartbar besseren Konjunktur im Prognosezeitraum nur leicht weiter öffnen.

Insgesamt ist durch die angelegten moderaten Steigerungen der Tarifverdienste im Jahresdurchschnitt 2026 mit um 2,7% höheren Tariflöhnen zu rechnen. Im kommenden Jahr dürften sie um weitere 2,9% steigen. Bei den Effektivverdiensten dürfte die Entwicklung nach 4,5% im vergangenen Jahr mit 3,0% bzw. 3,1% in den Jahren 2026 und 2027 etwas schwächer ausfallen.

7. Inflationsschub durch den Iran-Krieg

Im Februar 2026 hat die Inflationsrate laut Schätzung von Destatis 1,9% betragen und bewegt sich in den letzten Monaten um die 2%-Marke. Vom Ende der Gasspeicherumlage sowie vom staatlichen Zuschuss zu den Übertragungsnetzentgelten gehen dämpfende Preisimpulse aus. Jedoch steigt auch der Kernindex (Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie) bei weitem nicht mehr so stark wie zuvor. Er lag mit etwa 2,5% in den letzten drei Monaten so niedrig wie seit Juli 2021 nicht mehr.

Vieles sprach vor dem Beginn des Iran-Krieges dafür, dass die Teuerung weiter nachlassen würde. Ein schwacher Dollar dürfte sich dämpfend auf die Preise von Konsumgütern auswirken. Ein fallender Trend bei der Dienstleistungsinflation deutet darauf hin, dass sich die Teuerung in diesen – im letzten Jahr noch stark steigenden – Preisen normalisiert. Auch bei den Energiepreisen war zu erwarten, dass diese im Prognosezeitraum noch leicht fallen würden.

Dieses Bild muss infolge des Angriffs auf den Iran durch die USA und Israel revidiert werden. Die Prognose ist vor dem Hintergrund des sich schnell verändernden Kriegsgeschehens von besonderer Unsicherheit betroffen. Durch die de-facto-Sperrung der Straße von Hormus infolge iranischer Angriffe auf Transportschiffe sind neben den für den deutschen Energiemix besonders relevanten LNG- und Erdgaspreisen auch die Ausfuhr von Öl und Stickstoffdünger betroffen. Sollte es dem Iran über einen längeren Zeitraum gelingen, die Ausfuhr und Produktion von Düngemitteln zu behindern, dürfte dies Auswirkungen auf die globale Landwirtschaft und somit auf die Nahrungsmittelpreise in Deutschland haben. Von der Störung des Warenverkehrs im Roten Meer – entweder durch den Iran selbst oder durch seine Verbündeten im Jemen – geht ein weiteres Risiko aus.

Auf Basis einer durch Terminpreise vom 03.03.2026 informierten Schätzung wird für 2026 eine Inflationsrate von 2,6% erwartet. Die Gesamtteuerung wird voraussichtlich oberhalb der Kernrate von 2,5% liegen. Auch 2027 werden die zwischenzeitlich erhöhten Energiepreise sowie höhere Lebensmittelpreise ihre Folgen haben. Die Gesamtinflation wird 2027 voraussichtlich 2,4% betragen, während die Kerninflation mit 2,6% darüber liegen dürfte.

8. Kräftig steigende Staatsdefizite

Das staatliche Finanzierungsdefizit dürfte im Jahr 2026 mit gut 186 Mrd. Euro das des Vorjahres (119 Mrd. Euro) weit überragen und im Jahr 2027 wohl gut 213 Mrd. Euro betragen. Die Staatseinnahmen werden 2026 wohl mit geringerer Rate als das nominale BIP expandieren. Ausschlaggebend ist hierfür der recht geringe Zuwachs der Steuereinnahmen aufgrund der moderaten Lohnentwicklung sowie einiger Steuersenkungen, etwa die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für die Gastronomie und die Erhöhung der Pendlerpauschale durch das Steueränderungsgesetz 2025. Im Jahr 2027 dürfte die Zuwachsrate der Staatseinnahmen etwas höher liegen, insbesondere dürften die Sozialbeitragsinnahmen aufgrund der wieder stärker steigenden Bruttolohnsumme deutlich zulegen.

Tabelle 7**Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹**

Haushaltsbelastungen (-) und -entlastungen (+) gegenüber Vorjahr in Mrd. €

	2026	2027
Einnahmen der Gebietskörperschaften²		
Steueränderungsgesetz 2025	-4,8	-5,7
Ausgleich kalte Progression 2027		-5,0
Aktivrente	-0,9	-0,9
Einnahmen aus CO ₂ -Bepreisung	3,0	3,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen	-0,5	-2,7
Anhebung der LKW-Maut	0,2	0,2
Steuerfortentwicklungsgesetz	-4,6	-0,9
Steuerliches Investitionssofortprogramm	-3,5	-5,2
Erhöhung LKW-Maut	0,2	0,2
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anhebung Pflegeversicherungssatz		1,5
Erhöhung Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung	4,0	3,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Subvention Netzentgelte	-6,5	
Erhöhung Kindergeld	-0,6	
KTF	-2,0	-2,0
Mehrausgaben Verteidigung	-7,0	-7,0
Mehrausgaben SVIK	-10,0	-10,0
Abschaffung Gasspeicherumlage	3,4	
Startchancenprogramm Schulen	-0,5	-0,5
Digitalpakt Schule	0,6	
Ausgaben der Sozialversicherung		
Krankenhausreform	-0,4	
Entbudgetierung Hausärzte	-0,4	
Insgesamt	-29,9	-31,9
In Relation des BIP in Prozent	-0,6%	-0,7%

Berechnungen des RWI nach Angaben des BMF, des BMAS und des BMWIs - ¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ²Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr.

Gleichzeitig legen die Staatsausgaben in beiden Prognosejahren kräftig zu. So steigen etwa die Subventionen, nicht zuletzt durch die Bezuschussung der Netzentgelte, deutlich. Auch die sonstigen Transfers und Vermögenstransfers dürften deutlich gesteigert werden, da Zahlungen an die EU sowie Zahlungen an Unternehmen aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität merklich zunehmen. Auch die Bruttoinvestitionen werden wohl stark expandieren, insbesondere wegen zusätzlicher Investitionen im Bereich Verteidigung.

Die Ausrichtung der Finanzpolitik ausweislich der Maßnahmenmethode ist in beiden Jahren expansiv mit einem Impuls von 0,6% bzw. 0,7% des Bruttoinlandsprodukts (Tabelle 7). Die Ausrichtung der Finanzpolitik nach der Saldenmethode ergibt sich aus der Veränderung des strukturellen Primärsaldos (Tabelle 8). Demnach ist die Finanzpolitik in beiden Prognosejahren deutlich expansiv ausgerichtet.

Die Maastricht-Schuldenstandsquote der öffentlichen Haushalte dürfte von gut 64% Ende 2025 auf gut 68% zum Ende des Jahres 2027 steigen.

Tabelle 8**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bzw. des Produktionspotenzials

	2023	2024	2025	2026 ^p	2027 ^p
Finanzierungssaldo des Staates	-2,5	-2,7	-2,7	-4,0	-4,4
-Konjunkturkomponente ¹	-0,5	-1,0	-1,0	-0,5	0,1
=konjunkturbereinigter Fin,-saldo	-2,0	-1,7	-1,7	-3,6	-4,5
-Einmaleffekte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=struktureller Finanzierungssaldo	-2,0	-1,7	-1,7	-3,6	-4,5
+Zinsausgaben	0,9	1,1	1,1	1,2	1,2
=struktureller Primärsaldo	-1,1	-0,6	-0,5	-2,4	-3,3

¹Berechnet mit Budgetsemielastizität von 0,504, ^pEigene Prognose, Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, alle anderen Werte in Relation zum Produktionspotenzial.

9. Risiken

Die größten Risiken sind derzeit mit dem Iran-Krieg verbunden. In der Prognose sind relativ geringe Effekte auf die Realwirtschaft und die Preise unterstellt. Die wirtschaftlichen Folgen für Deutschland würden deutlich stärker sein, wenn es zu einer längeren Unterbrechung der Öl- und Gaslieferungen kommen würde. Bereits ein Anstieg des Gaspreises auf 90 Euro pro Kilowattstunde würde den Verbraucherpreisanstieg um 0,9 Prozentpunkte erhöhen, gegenüber 0,5 Prozentpunkten in der Prognose unterstellten Szenario. Die realwirtschaftlichen Effekte würden sich auch entsprechend verstärken und den BIP-Zuwachs um 0,4 Prozentpunkte verringern. Je nach Stärke und Länge der Lieferunterbrechungen könnten die Effekte aber noch stärker ausfallen.

Zudem sind in der Prognose deutliche Effekte von dem Sondervermögen Investitionen und Klimaschutz unterstellt. Der Zeitpfad der öffentlichen Ausgaben ist aber unsicher. So sind neue Bauvorhaben mit langen Planungs- und Genehmigungsphasen verbunden, die sich bei steigender Zahl von Bauvorhaben überproportional verlängern können. Zudem ist es möglich, dass die steigende öffentliche Nachfrage zu Preiseffekten führt, die stärker sein können als in dieser Prognose unterstellt. Beide Effekte würden dazu führen, dass die realwirtschaftlichen Effekte geringer ausfallen als in der Prognose unterstellt. Allerdings ist auch nicht auszuschließen, dass die Maßnahmen schneller umgesetzt werden, so dass auch ein Aufwärtsrisiko besteht.

Nicht zuletzt besteht nach wie vor ein Risiko dadurch, dass sich die deutsche Wirtschaft in einem strukturellen Umbruch befindet. Derzeit dämpft beispielsweise die Transformation der Wirtschaft Richtung Klimaneutralität, da Investitionen, die zu einer CO₂-Reduktion führen, nicht zwangsläufig das Wirtschaftswachstum fördern. Zudem bestehen weiterhin Unsicherheiten bezüglich der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Dadurch werden Investitionen in Deutschland erschwert. Die Belastungen könnten stärker ausfallen als derzeit absehbar. Allerdings wurden in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Forschungs- und Innovationsaktivitäten angestoßen. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Projekte nach und nach die Marktreife erreichen und Wachstumsimpulse geben.

10. Literatur

Destatis (2025), Presse: Fast jede zweite erwerbstätige Frau arbeitet in Teilzeit, Pressemitteilung Nr. 175 vom 19. Mai 2025.

Destatis (2026), Erwerbstätige, die von zu Hause aus arbeiten, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-3/home-office.html>

Deutsche Bundesbank (2026). Exkurs: Zu den Hintergründen des abnehmenden Beschäftigungswachstums in den USA, Monatsbericht Februar.

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, P. Jäger, R. Jessen, M. Micheli und S. Rujin (2018), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort, Gefährdungen nehmen zu. RWI Konjunkturberichte 69 (3): 21-56.

RWI (2026), RWI/ISL-Containerumschlag-Index: China treibt Containerumschlag hoch, Pressemitteilung vom 27.2.2026.

Anhang

Tabelle A1

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,2	0,9	1,2
Bruttowertschöpfung (A-T)	-0,6	0,1	0,6	1,2
darunter:				
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-4,0	-0,8	0,7	1,4
darunter				
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-4,3	-1,0	0,4	1,4
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-2,6	0,6	2,4	1,2
Baugewerbe (F)	-3,8	-2,9	1,3	1,5
Handel, Verkehr,				
Gastgewerbe (G-I)	0,2	1,3	-2,4	1,3
Information und				
Kommunikation (J)	2,1	1,4	2,0	1,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,6	-3,6	-0,6	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	1,3	0,5	1,4	1,1
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,8	-0,6	1,0	1,2
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	1,2	1,5	2,0	1,3
Sonstige Dienstleister (R-T)	0,9	-0,3	1,2	1,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Real.

Tabelle A2**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-0,1	-0,2	0,0	0,2	0,4	-0,2	0,0	0,3
Bruttowertschöpfung (A-T)	-0,8	-0,1	-0,4	-0,3	0,6	-0,1	0,0	0,4
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-3,4	-1,1	-1,2	-0,6	1,3	-0,2	-0,7	0,3
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-1,6	-0,8	-1,4	-0,9	1,6	-0,3	-0,9	0,0
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	###	-2,4	0,0	1,2	-0,3	0,3	0,7	1,5
Baugewerbe (F)	1,0	-2,0	-2,1	-1,3	1,4	-2,2	-0,8	1,7
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	-0,7	-0,4	0,1	0,3	1,4	-0,4	0,4	0,0
Information und								
Kommunikation (J)	-0,1	1,1	0,6	-0,9	0,5	0,2	1,6	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	0,7	-1,2	-1,0	-0,9	-0,6	-1,8	-0,6	0,4
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,4	0,4	-0,1	-0,6	0,6	0,2	0,1	0,7
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,1	0,5	-0,6	-0,6	-0,3	0,4	0,0	0,2
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,6	0,8	0,4	0,4	0,1	0,5	0,4	0,8
Sonstige Dienstleister (R-T)	-0,3	0,6	0,4	-0,2	-0,7	0,0	0,0	0,8

	2026				2027			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,1	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,2	0,1	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	0,2	-0,1	0,3	0,3	0,4	0,3	0,2	0,2
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	0,1	-0,2	0,3	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2
Baugewerbe (F)	-0,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	0,3	0,1	0,3	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2
Information und								
Kommunikation (J)	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,3	0,1	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2
Sonstige Dienstleister (R-T)	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

Tabelle A3
Hauptaggregate der Sektoren

2024; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volkswirt- schaft	Kapitalge- sellschaft- ten	Staat	Private. Haushalte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 921,3	2 671,1	470,0	780,2	-
2 - Abschreibungen	888,4	485,1	120,6	282,7	-
3 = Nettowertschöpfung	3 032,9	2 186,0	349,5	497,5	- 99,2
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 352,0	1 708,1	357,3	286,6	20,3
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	41,5	30,5	0,3	10,6	-
6 + Empf. s. Subventionen	58,9	56,5	0,2	2,2	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	698,4	503,9	- 7,9	202,5	- 183,8
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 357,8	-	-	2 357,8	14,5
9 - Gel. Subventionen	54,2	-	54,2	-	5,0
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	443,8	-	443,8	-	5,6
11 - Gel. Vermögenseinkommen	1 127,6	1 034,4	45,8	47,3	406,0
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 271,5	727,4	34,1	510,0	262,2
13 = Primäreinkommen	3 589,7	196,8	369,9	3 023,0	- 312,7
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	538,4	125,1	-	413,3	15,2
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	552,8	-	552,8	-	0,7
16 - Gel. Sozialbeiträge	921,9	-	-	921,9	3,8
17 + Empf. Sozialbeiträge	920,5	163,2	756,6	0,8	5,2
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	801,0	90,7	709,5	0,8	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	792,3	-	-	792,3	9,4
20 - Gel. s. lauf. Transfers	446,3	253,0	90,2	103,1	99,5
21 + Empf. s. lauf. Transfers	390,6	224,9	31,4	134,3	155,3
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 538,3	116,1	911,0	2 511,2	- 261,2
23 - Konsumausgaben	3 234,7	-	951,8	2 283,0	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 61,1	-	61,1	-
25 = Sparen	303,6	55,0	- 40,8	289,4	- 261,2
26 - Gel. Vermögenstransfers	108,8	9,2	84,0	15,6	8,9
27 + Empf. Vermögenstransfers	86,5	51,3	20,3	14,9	31,2
28 - Bruttoinvestitionen	930,7	526,2	131,3	273,2	-
29 + Abschreibungen	888,4	485,1	120,6	282,7	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	15,8	15,6	0,1	0,1	- 15,8
31 = Finanzierungssaldo	223,1	40,4	- 115,3	298,0	- 223,1
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 538,3	116,1	911,0	2 511,2	- 261,2
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	- 586,4	586,4	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 538,3	116,1	324,6	3 097,6	- 261,2

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Noch: Hauptaggregate der Sektoren
 2025; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volkswirt- schaft	Kapitalge- sellschaf- ten	Staat	Private. Haushalte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	4 044,8	2 741,1	502,1	801,7	–
2 – Abschreibungen	918,2	499,9	125,6	292,7	–
3 = Nettowertschöpfung	3 126,6	2 241,2	376,4	509,0	- 99,6
4 – Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 471,0	1 780,9	384,3	305,8	21,0
5 – Gel. s. Produktionsabgaben	41,0	29,9	0,4	10,7	–
6 + Empf. s. Subventionen	58,3	55,9	0,2	2,1	–
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	672,9	486,3	- 8,0	194,6	- 126,3
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 477,1	–	–	2 477,1	14,9
9 – Gel. Subventionen	53,9	–	53,9	–	4,4
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	460,1	–	460,1	–	5,9
11 – Gel. Vermögenseinkommen	1 134,1	1 038,2	49,5	46,4	405,2
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 291,3	737,6	30,8	522,9	248,0
13 = Primäreinkommen	3 713,5	185,7	379,6	3 148,2	- 267,2
14 – Gel. Eink.- u. Verm.steuern	557,9	124,5	–	433,4	14,3
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	571,4	–	571,4	–	0,8
16 – Gel. Sozialbeiträge	992,2	–	–	992,2	4,0
17 + Empf. Sozialbeiträge	990,9	167,2	822,9	0,8	5,3
18 – Gel. mon. Sozialleistungen	844,0	93,7	749,5	0,8	0,7
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	834,9	–	–	834,9	9,8
20 – Gel. s. lauf. Transfers	474,8	269,2	95,3	110,3	107,2
21 + Empf. s. lauf. Transfers	414,1	242,1	30,1	142,0	167,9
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 655,9	107,5	959,3	2 589,1	- 209,5
23 – Konsumausgaben	3 384,2	–	1 006,4	2 377,9	–
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	–	- 61,2	–	61,2	–
25 = Sparen	271,6	46,3	- 47,1	272,4	- 209,5
26 – Gel. Vermögenstransfers	109,6	10,2	78,4	21,1	6,6
27 + Empf. Vermögenstransfers	90,7	50,9	24,9	14,9	25,6
28 – Bruttoinvestitionen	980,3	555,5	144,8	280,0	–
29 + Abschreibungen	918,2	499,9	125,6	292,7	–
30 – Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	19,7	20,0	- 0,6	0,3	- 19,7
31 = Finanzierungssaldo	170,9	11,4	- 119,1	278,6	- 170,9
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 655,9	107,5	959,3	2 589,1	- 209,5
29 + Soziale Sachleistungen	–	–	- 629,1	629,1	–
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 655,9	107,5	330,2	3 218,2	- 209,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

**Noch: Hauptaggregate der Sektoren
2026; in Mrd. €**

Gegenstand der Nachweisung	Volkswirt- schaft	Kapitalge- sellschaften	Staat	Private. Haushalte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	4 206,1	2 862,7	526,9	816,5	-
2 - Abschreibungen	946,0	514,9	129,8	301,3	-
3 = Nettowertschöpfung	3 260,1	2 347,9	397,0	515,2	- 99,6
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 545,7	1 834,3	404,3	307,1	23,3
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	47,6	36,5	0,4	10,8	-
6 + Empf. s. Subventionen	57,4	54,9	0,2	2,2	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	724,1	532,0	- 7,4	199,5	- 103,6
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 551,3	-	-	2 551,3	17,8
9 - Gel. Subventionen	59,5	-	59,5	-	4,4
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	471,9	-	471,9	-	6,2
11 - Gel. Vermögenseinkommen	1 166,0	1 064,0	54,2	47,8	418,9
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 330,1	767,7	31,7	530,7	254,8
13 = Primäreinkommen	3 851,9	235,6	382,5	3 233,7	- 248,0
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	573,6	126,2	-	447,5	14,6
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	587,4	-	587,4	-	0,8
16 - Gel. Sozialbeiträge	1 023,8	-	-	1 023,8	4,3
17 + Empf. Sozialbeiträge	1 022,7	169,7	852,1	0,9	5,4
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	881,5	96,8	783,9	0,9	0,7
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	872,1	-	-	872,1	10,1
20 - Gel. s. lauf. Transfers	497,6	274,6	107,1	115,8	108,3
21 + Empf. s. lauf. Transfers	430,6	249,3	32,2	149,1	175,3
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 788,1	157,0	963,3	2 667,7	- 184,3
23 - Konsumausgaben	3 524,3	-	1 062,6	2 461,7	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 61,5	-	61,5	-
25 = Sparen	263,8	95,6	- 99,3	267,5	- 184,3
26 - Gel. Vermögenstransfers	114,5	10,2	82,8	21,5	6,3
27 + Empf. Vermögenstransfers	95,0	57,6	22,3	15,1	25,9
28 - Bruttoinvestitionen	1 025,6	579,6	154,7	291,2	-
29 + Abschreibungen	946,0	514,9	129,8	301,3	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	17,7	18,0	- 0,6	0,4	- 17,7
31 = Finanzierungssaldo	147,0	60,2	- 184,1	270,8	- 147,0
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 788,1	157,0	963,3	2 667,7	- 184,3
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	- 661,3	661,3	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 788,1	157,0	302,0	3 329,1	- 184,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Noch: Hauptaggregate der Sektoren
 2027; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	4 358,2	2 975,1	553,1	830,0	–
2 – Abschreibungen	978,9	532,9	134,2	311,8	–
3 = Nettowertschöpfung	3 379,3	2 442,2	418,9	518,2	- 99,8
4 – Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 636,4	1 900,4	426,3	309,7	26,0
5 – Gel. s. Produktionsabgaben	50,9	39,6	0,4	11,0	–
6 + Empf. s. Subventionen	59,1	56,6	0,2	2,3	–
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	751,1	558,8	- 7,5	199,8	- 108,7
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 642,2	–	–	2 642,2	20,2
9 – Gel. Subventionen	61,6	–	61,6	–	4,4
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	488,2	–	488,2	–	6,5
11 – Gel. Vermögenseinkommen	1 186,8	1 079,3	58,2	49,3	453,4
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 356,7	782,8	32,6	541,3	283,5
13 = Primäreinkommen	3 989,8	262,3	393,4	3 334,1	- 256,3
14 – Gel. Eink.- u. Verm.steuern	586,6	127,0	–	459,6	14,9
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	600,7	–	600,7	–	0,8
16 – Gel. Sozialbeiträge	1 061,4	–	–	1 061,4	4,5
17 + Empf. Sozialbeiträge	1 060,5	172,3	887,3	0,9	5,4
18 – Gel. mon. Sozialleistungen	913,5	98,2	814,4	0,9	0,7
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	903,8	–	–	903,8	10,3
20 – Gel. s. lauf. Transfers	512,8	280,1	111,0	121,6	109,4
21 + Empf. s. lauf. Transfers	446,7	256,8	33,4	156,5	175,5
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 927,2	186,1	989,3	2 751,7	- 193,6
23 – Konsumausgaben	3 641,2	–	1 108,8	2 532,4	–
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	–	- 61,8	–	61,8	–
25 = Sparen	285,9	124,4	- 119,5	281,1	- 193,6
26 – Gel. Vermögenstransfers	120,8	10,3	88,5	22,0	6,1
27 + Empf. Vermögenstransfers	100,8	62,2	23,2	15,4	26,1
28 – Bruttoinvestitionen	1 071,2	603,6	163,2	304,3	–
29 + Abschreibungen	978,9	532,9	134,2	311,8	–
30 – Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	16,8	17,1	- 0,6	0,4	- 16,8
31 = Finanzierungssaldo	156,8	88,5	- 213,2	281,5	- 156,8
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 927,2	186,1	989,3	2 751,7	- 193,6
29 + Soziale Sachleistungen	–	–	- 695,6	695,6	–
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 927,2	186,1	293,7	3 447,3	- 193,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Tabelle A4**Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland****Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027**

	2024	2025	2026	2027	2026		2027	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	0,1	0,0	- 0,1	0,3	- 0,2	0,1	0,3	0,3
Arbeitsvolumen	- 0,2	- 0,2	0,9	0,4	0,6	1,2	0,4	0,4
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,3	- 0,2	1,0	0,1	0,8	1,1	0,1	0,0
Produktivität ¹	- 0,3	0,4	0,0	0,8	- 0,1	0,2	0,9	0,7
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	- 0,5	0,2	0,9	1,2	0,5	1,4	1,3	1,1
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	3 234,7	3 384,2	3 524,3	3 641,2	1 714,3	1 810,0	1 775,0	1 866,3
Private Haushalte ²	2 283,0	2 377,9	2 461,7	2 532,4	1 197,2	1 264,4	1 235,0	1 297,4
Staat	951,8	1 006,4	1 062,6	1 108,8	517,1	545,6	539,9	568,9
Anlageinvestitionen	885,7	908,0	947,9	994,1	454,4	493,6	477,8	516,3
Bauten	450,7	461,8	482,9	505,9	234,1	248,8	246,1	259,7
Ausrüstungen	267,1	267,2	274,7	285,9	129,2	145,5	134,9	151,0
Sonstige Anlageinvestitionen	168,0	179,0	190,3	202,4	91,0	99,2	96,8	105,5
Vorratsveränderung ³	45,0	72,4	77,7	77,1	48,5	29,2	49,1	28,0
Inländische Verwendung	4 165,4	4 364,6	4 549,9	4 712,4	2 217,1	2 332,7	2 301,9	2 410,6
Außenbeitrag	163,5	105,3	80,3	82,7	45,7	34,5	51,8	30,9
Nachrtl: in Relation zum BIP in %	3,8	2,4	1,7	1,7	2,0	1,5	2,2	1,3
Exporte	1 793,7	1 807,4	1 850,9	1 909,6	909,6	941,3	942,8	966,8
Importe	1 630,1	1 702,1	1 770,7	1 826,9	863,9	906,8	891,0	935,9
Bruttoinlandsprodukt	4 329,0	4 469,9	4 630,1	4 795,1	2 262,9	2 367,3	2 353,6	2 441,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	3,6	4,6	4,1	3,3	4,1	4,2	3,5	3,1
Private Haushalte ²	2,9	4,2	3,5	2,9	3,3	3,7	3,2	2,6
Staat	5,1	5,7	5,6	4,3	6,0	5,2	4,4	4,3
Anlageinvestitionen	- 0,9	2,5	4,4	4,9	3,7	5,1	5,2	4,6
Bauten	- 0,5	2,5	4,6	4,8	3,5	5,6	5,1	4,4
Ausrüstungen	- 3,7	0,0	2,8	4,1	2,1	3,4	4,4	3,8
Sonstige Anlageinvestitionen	2,6	6,6	6,3	6,4	6,4	6,3	6,3	6,4
Inländische Verwendung	2,6	2,9	2,7	2,3	4,3	4,2	3,8	3,3
Exporte	- 1,1	0,8	2,4	3,2	0,5	4,4	3,7	2,7
Importe	- 0,9	4,4	4,0	3,2	3,5	4,5	3,1	3,2
Bruttoinlandsprodukt	2,6	3,3	3,6	3,6	3,0	4,1	4,0	3,1
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020)								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 713,6	2 753,9	2 793,3	2 823,8	1 374,4	1 418,8	1 389,9	1 433,9
Private Haushalte ²	1 897,2	1 926,8	1 943,2	1 956,5	954,2	988,9	960,8	995,7
Staat	816,7	827,5	850,6	867,9	420,5	430,1	429,4	438,5
Anlageinvestitionen	702,0	700,7	712,9	728,2	342,9	370,0	351,1	377,1
Bauten	324,7	322,6	327,2	332,4	159,6	167,6	162,7	169,7
Ausrüstungen	228,5	224,1	226,0	230,5	106,4	119,6	108,8	121,7
Sonstige Anlageinvestitionen	152,4	158,3	164,3	170,5	78,6	85,7	81,6	88,9
Inländische Verwendung	3 456,5	3 520,4	3 574,7	3 619,2	1 756,7	1 818,1	1 780,3	1 838,9
Exporte	1 491,9	1 485,3	1 484,3	1 505,1	734,6	749,6	745,8	759,3
Importe	1 345,3	1 393,6	1 413,3	1 434,9	692,5	720,8	703,2	731,7
Bruttoinlandsprodukt	3 600,7	3 609,4	3 643,5	3 687,1	1 797,5	1 845,9	1 821,7	1 865,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2024	2025	2026	2027	2026		2027	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	1,1	1,5	1,4	1,1	1,5	1,4	1,1	1,1
Private Haushalte ²	0,5	1,6	0,9	0,7	0,9	0,8	0,7	0,7
Staat	2,6	1,3	2,8	2,0	2,8	2,8	2,1	1,9
Anlageinvestitionen	-3,3	-0,2	1,7	2,1	1,1	2,3	2,4	1,9
Bauten	-3,4	-0,6	1,4	1,6	0,5	2,3	1,9	1,3
Ausrüstungen	-5,4	-1,9	0,9	2,0	0,3	1,4	2,3	1,7
Sonstige Anlageinvestitionen	0,2	3,8	3,8	3,8	3,9	3,8	3,8	3,8
Inländische Verwendung	0,2	1,8	1,5	1,2	1,6	1,4	1,3	1,1
Exporte	-2,1	-0,4	-0,1	1,4	-1,2	1,1	1,5	1,3
Importe	-0,6	3,6	1,4	1,5	1,6	1,2	1,5	1,5
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,2	0,9	1,2	0,5	1,4	1,3	1,1

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	2,4	2,6	2,7	2,2	2,4	2,9	2,4	1,9
Konsumausgaben des Staates	2,5	4,4	2,7	2,3	3,2	2,3	2,2	2,3
Anlageinvestitionen	2,5	2,7	2,6	2,7	2,5	2,7	2,7	2,7
Bauten	3,0	3,1	3,1	3,1	3,0	3,2	3,1	3,1
Ausrüstungen	1,7	2,0	1,9	2,0	1,9	2,0	2,0	2,0
Exporte	1,0	1,2	2,5	1,7	1,7	3,3	2,1	1,4
Importe	-0,4	0,8	2,6	1,6	1,9	3,3	1,6	1,7
Bruttoinlandsprodukt	3,1	3,0	2,6	2,3	2,5	2,7	2,6	2,1

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	3 023,0	3 148,2	3 233,7	3 334,1	1 577,7	1 656,0	1 630,7	1 703,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	410,6	439,9	453,4	469,9	219,4	234,1	227,5	242,4
Bruttolöhne und -gehälter	1 947,2	2 037,2	2 097,8	2 172,3	999,2	1 093,1	1 035,0	1 131,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	665,1	671,1	682,5	691,9	356,2	326,2	365,2	326,8
Primäreinkommen der übr. Sektoren	566,8	565,3	618,1	655,7	286,1	332,1	310,2	345,5
Nettonationaleink. (Primäreink.)	3 589,7	3 713,5	3 851,9	3 989,8	1 863,8	1 988,1	1 940,9	2 048,9
Abschreibungen	888,4	918,2	946,0	978,9	469,4	476,6	485,7	493,2
Bruttonationaleinkommen	4 478,1	4 631,7	4 797,9	4 968,7	2 333,2	2 464,7	2 426,7	2 542,0
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3 200,2	3 307,2	3 439,4	3 563,2	1 655,0	1 784,4	1 725,2	1 838,0
Arbeitnehmerentgelt	2 357,8	2 477,1	2 551,3	2 642,2	1 221,5	1 329,8	1 265,5	1 376,6
Unternehmens- und Verm.einkomm	842,3	830,1	888,2	921,0	433,5	454,6	459,7	461,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	3,9	4,1	2,7	3,1	2,7	2,8	3,4	2,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,3	7,1	3,1	3,6	3,1	3,1	3,7	3,6
Bruttolöhne und -gehälter	5,5	4,6	3,0	3,5	3,1	3,0	3,6	3,5
Bruttolöhne und -gehäl. je Besch.	5,2	4,5	3,0	3,1	3,2	2,8	3,2	3,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	-1,2	0,9	1,7	1,4	1,5	2,0	2,5	0,2
Primäreinkommen der übr. Sektoren	-3,8	-0,3	9,3	6,1	5,3	13,0	8,5	4,0
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2,6	3,4	3,7	3,6	3,1	4,4	4,1	3,1
Abschreibungen	3,6	3,4	3,0	3,5	2,8	3,3	3,5	3,5
Bruttonationaleinkommen	2,8	3,4	3,6	3,6	3,0	4,1	4,0	3,1
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	1,5	3,3	4,0	3,6	3,4	4,6	4,2	3,0
Arbeitnehmerentgelt	5,5	5,1	3,0	3,6	3,0	3,0	3,6	3,5
Unternehmens- und Verm.ein-komm.	-8,1	-1,4	7,0	3,7	4,5	9,5	6,0	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2024	2025	2026	2027	2026		2027	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 976,9	2 054,9	2 124,9	2 201,5	1 021,4	1 103,6	1 057,5	1 144,0
Nettolöhne und -gehälter	1 355,5	1 407,4	1 447,0	1 498,9	685,2	761,8	708,6	790,3
Monetäre Sozialleistungen	792,3	834,9	872,1	903,8	431,8	440,3	448,1	455,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	170,9	187,4	194,2	201,3	95,7	98,5	99,3	102,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	665,1	671,1	682,5	691,9	356,2	326,2	365,2	326,8
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 130,8	- 136,9	- 139,7	- 141,7	- 65,6	- 74,1	- 66,2	- 75,5
Verfügbares Einkommen	2 511,2	2 589,1	2 667,7	2 751,7	1 312,0	1 355,7	1 356,4	1 395,3
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	61,1	61,2	61,5	61,8	29,8	31,7	29,9	31,8
Konsumausgaben	2 283,0	2 377,9	2 461,7	2 532,4	1 197,2	1 264,4	1 235,0	1 297,4
Sparen	289,4	272,4	267,5	281,1	144,5	123,0	151,4	129,7
Sparquote (%) ⁶	11,2	10,3	9,8	10,0	10,8	8,9	10,9	9,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	6,0	3,9	3,4	3,6	3,3	3,5	3,5	3,7
Nettolöhne und -gehälter	5,5	3,8	2,8	3,6	2,9	2,8	3,4	3,7
Monetäre Sozialleistungen	7,0	5,4	4,5	3,6	4,2	4,7	3,8	3,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,6	9,6	3,7	3,6	4,2	3,1	3,8	3,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	-1,2	0,9	1,7	1,4	1,5	2,0	2,5	0,2
Verfügbares Einkommen	4,0	3,1	3,0	3,1	2,9	3,1	3,4	2,9
Konsumausgaben	2,9	4,2	3,5	2,9	3,3	3,7	3,2	2,6
Sparen	12,4	-5,9	-1,8	5,1	-0,6	-3,2	4,7	5,5

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen								
Steuern	996,6	1031,5	1059,3	1088,9	524,2	535,2	539,7	549,1
Nettosozialbeiträge	756,6	822,9	852,1	887,3	412,5	439,6	430,0	457,3
Vermögenseinkommen	34,1	30,8	31,7	32,6	15,9	15,8	16,4	16,2
Sonstige Transfers	31,4	30,1	32,2	33,4	14,2	18,0	14,7	18,6
Vermögenstransfers	20,3	24,9	22,3	23,2	10,0	12,3	10,4	12,8
Verkäufe	185,2	199,7	208,0	215,7	96,4	111,6	100,0	115,7
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	2024,4	2140,2	2205,9	2281,2	1073,4	1132,5	1111,3	1169,9
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	667,3	704,3	744,1	771,7	358,1	386,0	372,2	399,6
Arbeitnehmerentgelt	357,3	384,3	404,3	426,3	194,1	210,2	204,4	221,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	45,8	49,5	54,2	58,2	27,1	27,1	29,2	29,1
Subventionen	54,2	53,9	59,5	61,6	25,6	33,8	26,4	35,1
Monetäre Sozialleistungen	709,5	749,5	783,9	814,4	388,6	395,3	404,4	410,0
Sonstige laufende Transfers	90,2	95,3	107,1	111,0	51,6	55,5	53,6	57,5
Vermögenstransfers	84,0	78,4	82,8	88,5	31,1	51,8	33,5	55,0
Bruttoinvestitionen	131,3	144,8	154,7	163,2	66,1	88,6	69,9	93,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,1	-0,6	-0,6	-0,6	-0,3	-0,4	-0,3	-0,4
Insgesamt	2139,7	2259,3	2390,0	2494,3	1142,1	1247,9	1193,2	1301,2
Finanzierungssaldo	-115,3	-119,1	-184,1	-213,19	-68,73	-115,37	-81,88	-131,31

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2024	2025	2026	2027	2026		2027	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	3,6	3,5	2,7	2,8	2,4	3,0	3,0	2,6
Nettosozialbeiträge	6,4	8,8	3,6	4,1	3,6	3,5	4,2	4,0
Vermögenseinkommen	7,2	-9,6	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8
Sonstige Transfers	-3,1	-4,0	6,9	3,5	3,6	9,7	3,7	3,4
Vermögenstransfers	-7,3	22,9	-10,5	4,1	-19,6	-1,4	4,0	4,2
Verkäufe	10,9	7,8	4,2	3,7	4,2	4,2	3,7	3,7
Sonstige Subventionen	3,6	-2,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	5,1	5,7	3,1	3,4	2,8	3,4	3,5	3,3
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	6,9	5,6	5,6	3,7	6,6	4,8	3,9	3,5
Arbeitnehmerentgelt	4,9	7,5	5,2	5,4	4,7	5,7	5,3	5,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	24,4	8,1	9,4	7,4	10,1	8,7	7,5	7,4
Subventionen	-34,6	-0,6	10,4	3,5	17,5	5,5	3,2	3,8
Monetäre Sozialleistungen	7,4	5,6	4,6	3,9	4,5	4,6	4,1	3,7
Sonstige laufende Transfers	-2,3	5,7	12,5	3,6	13,0	12,0	3,8	3,5
Vermögenstransfers	12,8	-6,7	5,7	6,8	6,6	5,2	7,7	6,3
Bruttoinvestitionen	9,3	10,3	6,8	5,5	8,8	5,4	5,8	5,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	5,3	5,6	5,8	4,4	6,3	5,4	4,5	4,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – ⁵Empfangene abzüglich geleisteter sonstiger Transfers. – ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.